Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Zu unserem Kalenderblatt:

Die Zeitschrift „Fabbrica e Stato – Inchiesta“ titelte in ihrer Juli-August-Ausgabe von 1973 ironisch:

„150 ore – Suonata per i padroni“
„150 Stunden, eine Sonate für die Bosse“
das ist ein Wortspiel für „die Bosse in die Pfanne hauen“.

Das haben die Arbeitgeber dann davon gehabt.

Ihre Äußerung „Sollen wir den Arbeitern jetzt auch noch Cembalounterricht bezahlen“ wurde zu einer Metapher für die erfolgreiche Etablierung einer Facette des Rechts auf einen Zugang zu Bildung.

- **Türkei: HDP nominiert Selahattin Dermitas für die Präsidentenwahl**
- **Hintergründe zum Brexit: Den Unterschied begreifen**
- **Traumatisierte Menschen: Aus der Geschichte lernen**
- **Der Liberals international day: Erliegt die FDP der rechtspopulistischen Versuchung ?**
- **Kalenderblatt: 19. April 1973, Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit**

Beilage: „Ergebnisse und Materialien“ der Jahrestagung 2018 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Ausgabe Nr. 5 am 11. Mai 2018, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen : www.linkekritik.de/pb-i.html

Grün-Schwarz in der Krise

Alfred Küstler, Stuttgart

In Freiburg wurde Oberbürgermeister Salamon (57) von den Grünen nach zwei Amtsperioden nicht wiedergewählt. Er erhielt im zweiten Wahlgang nur 30,7 Prozent; der 33jährige parteilose, von der Freiburger SPD, FDP, Kulturliste und dem Verein Freiburg Lebenswert unterstützte Martin Horn erhielt dagegen 44,3 Prozent und die von verschiedenen linken Gruppierungen, auch der Linkspartei, unterstützte Stadträtin der Grünen Alternativen 24,1 Prozent. Martin Horn hatte vor allem ein Anpacken des Wohnungsproblems und der schlechten Kita-Versorgung versprochen. Oberbürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg sind normalerweise sehr stark auf die Person der Kandidaten zugeschnitten und daher immer für Überraschungen gut. Dennoch schreibt die „Stuttgarter Zeitung" in ihrem Kommentar von einem „Alarmsignal für die Grünen". Salomon stand für den schwarz-grünen Kurs des Ministerpräsidenten Kretschmann, er wurde als dessen möglicher Nachfolger gehandelt, und er wurde bei der OB-Wahl auch von der Freiburger CDU unterstützt. Die schwarz-grüne Landesregierung befindet sich ebenfalls im Krisenmodus: Die CDU-Landtagsfraktion hat eine Änderung des Wahlrechts einstimmig abgelehnt, entgegen der Koalitionsvereinbarung. Die grüne Landtagsfraktion hat dafür im Gegenzug die Vizepräsidentin des Landtags von der CDU im ersten Wahlgang durchfallen lassen. Es gibt Stimmen in der CDU, die zu einem Koalitionswechsel mit SPD und FDP raten. Michel Moos, Freiburger Stadtrat der Linken Liste, wies in der Diskussionsrunde der „Badischen Zeitung" am Wahlabend auf die Gründe für den Einbruch des grünen OB hin: „Michael Moos, Stadtrat der Linken Liste, würdigt die Entscheidung von Monika Stein, im zweiten Wahlgang noch einmal anzutreten. Als Drittplatzierte sei es nicht leicht gewesen. Viele Menschen hätten das Gefühl, das Soziale würde leiden. Die Linke werde Martin Horn an seinen Versprechen messen. ‚Es ist eine politische Zäsur', sagt Moos."

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Europäische Arbeitsbehörde kommt!

Stephen Schindler, Brüssel

Die neue Behörde erhält den Status einer dezentralen EU-Agentur und fügt sich in die Bestrebungen von Kommissionspräsident Junker ein, die das Ziel verfolgen, der EU eine soziale Fassade zu verpassen, aber derzeit ist noch völlig unklar, was sich hinter dieser Fassade verbirgt. Was bisher auf dem Tisch liegt, ist ein Vorschlag, der Bestehendes unter einem Dach vereint und ein Fundament für Neues legen soll. Die drei Aufgabenbereiche der Behörde sind 1. Information zu grenzüberschreitender Mobilität für Beschäftigte und Unternehmen, 2. Verbesserung der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den zuständigen Behörden in den Mitgliedsstaaten sowie die Förderung und Unterstützung bei z.B. Kapazitätsaufbau, gemeinsamen Kontrollen und strategischer Risikoanalyse etc. 3. Schlichtung bei Streitfällen zwischen Mitgliedsstaaten.

Zu diesem Zweck sollen der Behörde beispielsweise das EURES-Arbeitsvermittlungsportal die Europäische Plattform gegen Schwarzarbeit, und die administrative Kommission zur Koordinierung sozialer Sicherungssysteme unterstellt werden. Anhand dessen lässt sich erahnen, dass es künftig Debatten über die Prioritäten der neuen Behörde geben wird. Gewerkschaften befürchten bereits, dass die erhoffte Bekämpfung von grenzüberschreitender Ausbeutung von Beschäftigten entweder nur symbolisch in Angriff genommen werden könnte oder ganz ausbleibt.

Grund dafür ist unter anderem, dass die vorgesehene Möglichkeit zur Vermittlung und Schlichtung zwischen Mitgliedsstaaten durch die Behörde in Fällen von beispielsweise grenzüberschreitender Ausbeutung oder Sozialbetrugs nur dann möglich sein wird, wenn sich beide Mitgliedstaaten im Voraus dazu bereit erklärt haben. Davon wäre kaum Fortschritt zu erwarten, da es bereits jetzt bilaterale Zusammenarbeit zwischen willigen Mitgliedsstaaten gibt. Diejenigen, die sich derzeit weigern, würden ihre Einstellung wohl kaum ändern.

Kritik gibt es auch an der Ankündigung, das EURES-Portal einzugliedern, da der Behörde womöglich die Rolle zukommen könnte, die Werbetrommel für grenzüberschreitende Mobilität zu schlagen, anstatt Ausbeutung und Sozialdumping zu bekämpfen. Potenzielle Gegner strengerer Kontrollen könnten sich diesen Aspekt zunutze machen, um den Schwerpunkt der Behörde von den ernsten Themen abzulenken. Außerdem beschränkt sich die Behörde auf die Bereitstellung von Informationen für Beschäftigte, ohne ihnen jedoch eine direkte Anlaufstelle zu geben, an die sie sich im Fall von unrechtmäßiger Behandlung wenden könnten. Forderungen von Gewerkschaften, eine zentrale Hotline für Whistleblower einzurichten, fanden damit keine Beachtung. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Kommissionsvorschlag ein Schritt in die richtige Richtung ist, falls das Europäische Parlament und der Rat der EU sich dazu durchringen können, das Potential des Vorschlags voll auszuschöpfen.

Rüstungshaushalt im Dienste der Blockbildung

Martin Fochler, München

Die Umstellung der Rüstungsausgaben in Europa, die vor allem von Deutschland und Frankreich vorangetrieben wird, belegt, dass das alte Organisationsschema des scharf abgegrenzten geschlossenen Gebiets neu auflebt. Die neuen Rüstungsprojekte sind als überstaatliche Kooperationsprojekte angelegt. Da die technische Basis von verschiedenen Staaten bereitgestellt wird, können diese Mittel von einzelnen Kooperationspartnern nicht mehr „souverän" eingesetzt werden. Weil die defensive Idee der Landesverteidigung auf den EU-Raum übertragen wird, kann die Aufrüstung – Jagdflugzeuge, Drohnen, Panzer, U-Boote – von der breiten Öffentlichkeit als Wende hin zur Landesverteidigung und Abkehr vor der Idee des Interventionskrieges interpretiert werden.

Jahrzehntelang war für die Gestaltung der internationalen Beziehungen das Konzept weltweit vertiefter Arbeitsteilung bestimmend, es entstand ein oftmals quer zu den politischen Grenzen

verlaufendes Netzwerk „regelbasierter“ Wirtschaftsbeziehungen. Werden „die Regeln“ gebrochen, sind vom Ansatz her zivilrechtliche (Sanktionen) und polizeiliche, vom Ausmaß her militärische, Gewalt fällig. Das Szenario des Interventionskrieges entsteht.

Mehr noch als das Grauen der Interventionskriege, die im Vollzug alle Fesseln des Kriegsrechts sprengen, mag deren Erfolglosigkeit dazu geführt haben, dass jetzt die Tendenz zur Bildung regional geschlossener Militärblöcke auflebt und damit der Streit zwischen Staatsgebilden um Grenzen.

Das deutsche Staatswesen musste sich nach zwei verlorenen Krieg von der Idee der Ausweitung des Staatsgebietes trennen und der Welt die Anerkennung seiner Grenzen versprechen. Die EU hingegen ist als dynamisches Gebilde angelegt. Sie kann sich nach eigener Satzung und Rechtsvorstellung auf dem auch völkerrechtlich anerkannten Wege freiwilliger Beitritte ausdehnen. Dieser Prozess kann erträglich verlaufen, wenn der Beitritt naher Nachbarn deren Beziehungen zu ferneren Nachbarn nicht gravierend beeinträchtigt, d.h. in eine weltweite Nivellierung zwischenstaatlichen Grenzregimes eingebettet bleibt.

Die Tendenz zur wirtschaftlichen und kulturellen Blockbildung hebelt diese Voraussetzung aus, und damit entwickeln sich an den Außengrenzen der regionalen Blöcke, wie z.B. der EU, Grenzräume, in denen um Einfluss gekämpft wird.

Die Rüstungskooperationen, von denen jetzt die Rede ist, würde dieser politischen Lage entsprechen, sie können der Verteidigung gewidmet werden, schaffen aber eine militärisch gesicherte Einflusssphäre.

Diese zutiefst beunruhigende Entwicklung kann mit den alten Ansätzen der Friedensbewegung nicht gestoppt werden. Das Argument der Ausgabenkonkurrenz im Haushalt – Gegenüberstellung von Rüstungsausgaben zu sozialen Haushaltsposten greift nicht, und die Strategie der Verweigerung hat seit Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht ihren Biss verloren.

Der Verhandlungszusammenhang, der für die Staaten der EU und die EU als Ganzem besteht, ist institutionell gegeben. Es gibt nicht nur das Regelwerk der Vereinten Nationen, sondern auch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und den Europarat.

Wird die Linke in Europa Konzepte entwickeln, die in diesen Zusammenhängen präsentiert werden können und für die in der breiten Öffentlichkeit geworben werden kann? Eine hilfreiche Rolle könnten dabei die Parlamentarierdelegationen spielen, die zu der blockübergreifenden Einrichtung des Europarats delegiert sind.

SNCF und Air France: Streiks gehen weiter

Matthias Paykowski, Karlsruhe

Am 18. April hat die französische Nationalversammlung mit 454 zu 80 Stimmen das Gesetzespaket zur Reform der Bahngesellschaft SNCF angenommen. Der Gesetzentwurf soll in erster Lesung bis Ende Mai im Senat ebenfalls verabschiedet werden. Die seit Anfang April andauernden Streikaktionen bei der SNCF werden fortgesetzt bis Ende Juni, im Rhythmus zwei Tage Streik, drei Tage Arbeit. Die Beteiligung ist seit Beginn gesunken, von 34 % auf 18 %, bei den Lokführern von über 75 % auf knapp 50 %.

Die öffentliche Meinung zum Streik und zur Reform der SNCF bleibt gespalten. Gegen das Umwandeln staatlicher Unternehmen in private sind die Vorbehalte in weiten Teilen der Gesellschaft stark. Andererseits wird erwartet, dass die Regierung die Reform durchzieht. Fahrgastverbände kritisieren die starken Einschränkungen der Mobilität durch den Streik und fordern, dass zu den Stoßzeiten die Versorgungsleistung gewährleistet werden muss.

Die Regierung droht mit Zwangsverpflichtung, sollten die Streiks in die Urlaubszeit im Juli fortgesetzt werden. Die Beschäftigten der Fluggesellschaft Air France-KLM haben in den letzten drei Monaten an mehr als 13 Tagen gestreikt. Im April forderten insbesondere die Piloten eine zweistellige Gehaltserhöhung. Der Vorstandsvorsitzende Janaillac erklärte Anfang Mai seinen Rücktritt, nachdem ein Angebot der Fluggesellschaft von den 47 000 Beschäftigten abgelehnt wurde: eine Anhebung der Löhne und Gehälter um sieben Prozent innerhalb von vier Jahren, davon zwei Prozent sofort. An der von Janaillac organisierten unternehmensinternen Abstimmung haben sich innerhalb einer Woche 80 Prozent der Belegschaft beteiligt, 55 Prozent stimmten gegen das Angebot. Im Mai sind darüber hinaus Arbeitsniederlegungen der Beamten, bei Finanz- und Steuerbehörden sowie in Elektrizitäts- und Energieunternehmen.

Einige Gewerkschaften, linke Organisationen und Parteien hegen die Hoffnung, dass sich diese Streiks u.a. mit Aktionen von Studenten zu einer klassisch einheitlichen Bewegung gegen Regierung und Staatspräsident entwickeln. Nicht wenige Stimmen warnen, die vielfältig unterschiedlichen Interessen zu vereinnahmen und zu mißbrauchen.

Türkei: HDP nominiert Selahattin Dermitas für die Präsidentenwahl

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Am 4. Mai gaben die HDP-Co-Vorsitzenden Pervin Buldan und Sezai Temelli in Diyarbakir (kurdisch Amed) offiziell die Kandidatur des inhaftierten Parlamentsabgeordneten Selahattin Dermitas bekannt. Die um ein Jahr vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahl findet am 24. Juni statt. Selahattin Dermitas hatte bei der Präsidentenwahl 2014 mit zehn Prozent abgeschnitten. Danach erreichte die HDP 2015 bei der Parlamentswahl im Juni über 13 Prozent und bei der erneuten Wahl im November 2015 immer noch knapp elf Prozent. Mit diesen Wahlsiegen war die absolute Mehrheit der AKP im Parlament gebrochen worden.

Derzeit regiert die AKP in einer Koalition mit der rechtsnationalistischen Partei MHP und ist auch für die Wahlen mit der MHP ein Bündnis eingegangen. Der türkische Präsident Erdogan will mit den Wahlen am 24. Juni die Präsidialdiktatur umsetzen. Dazu war die Verfassung geändert und ein zweifelhaftes Referendum abgehalten worden. Seit dem Putschversuch 2016 setzt Erdogan auf die nationalistische Mobilisierung für eine neue Großtürkei. Mit der Besetzung Afrins, Teilen von Aleppos und des beginnen-

Wahlplakat der HDP: „Du kannst“

den Krieges im Nordirak sowie der Verschärfung der Konflikte um griechische Inseln wollen Erdogan und die AKP die Friedensabkommen nach dem Ersten Weltkrieg korrigieren und knüpfen an neo-osmanische Ziele an. So versuchen sie auch die desolate wirtschaftliche Lage und den Verfall der türkischen Lira zu übertünchen.

Kommentatoren und Wahlumfragen bezweifeln, dass Erdogan im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhält. Gegen ihn treten vermutlich vier weitere Kandidaten an, die zu unterschiedlichen politischen Lagern zählen. Das schmälert Erdogans Erfolgsaussichten. Mit der nun bekanntgegebenen Kandidatur von Selahattin Dermitas hat sich eine wirkliche Alternative für Kurden, Linke und vor allem aber auch die jungen Wähler in den türkischen Großstädten aufgetan. Das sind die Wählergruppen, die von der diktatorischen Politik Erdogans, dem immer noch andauernden Ausnahmezustand und der schwierigen wirtschaftlichen Lage besonders betroffen sind. Auch unter den Konservativen der

DOK: Selahattin Demirtaş: Wahlen können historischen Bruch darstellen

Der inhaftierte ehemalige Ko-Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş, hat in einem in der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet veröffentlichten Text erklärt, dass es heute mehr denn je möglich sei, linke, demokratische Werte zu stärken und an die Macht zu bringen.

„Während sich die Wahlen am 24. Juni nähern, möchte ich einige bekannte, aber meiner Meinung nach bedenkenswerte Überlegungen hervorheben. Vor allem möchte ich unterstreichen, dass diese Wahlen einen politischen Bruch schaffen werden, der Auswirkungen auf die Politik der Türkei in den nächsten Jahrzehnten haben wird.

Das autoritäre Ein-Mann-Regime, das sich in der Mentalität der AKP manifestiert, wird entweder seinen ultimativen Sieg erklären und die Unterdrückung noch weiter übertreffen, die wir heute erleben und eine vollständige Diktatur errichten. Oder aber die sich durch die gesamte Geschichte der Republik ziehende Suche nach Demokratie und der Kampf dafür wird gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.

Die Macht- und Oppositionsblöcke, die in diesem Rahmen der Bevölkerung gegenübertreten, werden sich im Rahmen dieser Realität bewegen: entweder vollständige Demokratie oder totale Diktatur. Es ist sehr wichtig, dass aus den Aussagen insbesondere des Oppositionsblocks hervorgeht, dass man sich dessen bewusst ist. Aber es ist nicht möglich ruhigen Gewissens zu behaupten, dass der Oppositionsblock seine praktischen Aktionen auf dem Niveau einer vollständigen Demokratie umsetzt.

Die Kandidat*innen der HDP wurden sowohl für das Präsidialamt als auch als Abgeordnete auf Versammlungen mit großer Beteiligung der Bevölkerung gewählt. Auch wenn dies aufgrund der drängenden Zeit nicht ausreichend sein sollte, ist es doch im höchsten Grade wichtig und sinnvoll. Aber wo, wie und auf welche Weise die Kandidat*innen der Hauptoppositionspartei diskutiert und bestimmt werden, ist ein wahrhaftiges Rätsel. Es nicht bekannt, auf welcher Grundlage und mit welcher Zielsetzung die als Wahlkandidat*innen antretenden Personen diskutiert werden. Wer, wo und wann diskutiert, bleibt im Dunkeln.

Während es auf der einen Seite gut sein kann, die Diskussionen vor manipulativen Interventionen des AKP-Blocks zu verschließen, verhindern diese geheimen Debatten auf der anderen Seite jedoch die Beteiligung der Bevölkerung an der Diskussion. Diejenigen, die mit der Parole für vollständige Demokratie aufbrechen, verschließen die Phase der Auswahl der Kandidat*innen vor der Bevölkerung. Das führt dazu, dass sie ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommen werden.

„Man muss sich den linken und kurdischen Strömungen öffnen"

Ich habe keine Informationen darüber, wer sich wie oft wegen der Kandidatur Abdullah Güls getroffen hat. Wie oft fanden Treffen mit Meral Akşener oder anderen Kandidat*innen statt und was wurde dort besprochen? Man weiß es nicht. Sehr deutlich ist allerdings, dass es all denjenigen, die sich von früh bis spät mit diesen Personen getroffen haben nicht einmal in den Sinn gekommen ist, sich mit denen zusammenzusetzen, die den Kampf um Demokratie führen.

Aus welchem Grund werden die Perspektiven und Vorschläge der zu einem ausgezeichneten Fokus des Kampfes gewordenen Juni-Bewegung nicht aufgenommen? Sind die Vorschläge der sozialistischen Kräfte ÖDP, EMEP, TKP, der Arbeiter*innenorganisationen, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft für die Kandidat*innen der Wahlen zu unbedeutend? Dieses Problem muss überwunden werden. Ebenso muss die aktive Beteiligung der kurdischen Parteien und Bewegungen sowie der Glaubensorganisationen an diesem Diskussionsprozess gewährleistet werden.

„Die HDP wird die Führungsrolle übernehmen"

Bei den Wahlen sollte jede Praxis derjenigen, die für vollständige Demokratie eintreten, zur Bedeutung dieses Ziels beitragen. Es sieht so aus, als würde wie immer die HDP gemeinsam mit ihren Komponenten und mit ihr solidarischen Kräften die Führungsrolle in diesem Sinne übernehmen. Es ist unerlässlich, dass die organisierten Strukturen aus allen Bereichen – die revolutionären Kräfte eingeschlossen – umgehend eine nachhaltige Führungsposition einnehmen.

„Es muss eine disziplinierte Volkskampagne stattfinden"

Der AKP-Flügel baut sowieso mit jeder Handlung und mit jeder seiner Äußerungen das Ein-Mann-Regime weiter auf, da ist es zu erwarten, dass der Demokratie-Block die Qualitäten auf jede Weise in den Vordergrund stellt, die ihn von seinem Mitbewerber unterscheiden. Im Angesicht dessen, dass der faschistische Machtblock alle Möglichkeiten eines Staates und das repressive Umfeld des Ausnahmezustand nutzt, um eine riesige „Werbekampagne", sprich ein massives, mediengestütztes Bombardement vorzubereiten, ist es notwendig, dass die Opposition mit der Bevölkerung, den fortschrittlichen Kräften, den Räten, den Plattformen und allen organisierten Strukturen eine koordinierte und disziplinierte Volkskampagne durchführt.

„Diejenigen, die ihre Kandidat*innen in 5-Sterne Hotels diskutieren…"

Diejenigen, die ihre Kandidat*innen heimlich in 5-Sterne Hotels diskutieren, können während einer Kampagne nichts zur Volksarbeit beitragen. Während der AKP-Block ein mieses Produkt mit Hilfe einer Werbekampagne „zu verkaufen" versucht, müssen wir mit einer radikaldemokratischen Haltung Gerechtigkeit, Frieden, Laizismus, Freiheit, Gleichberechtigung und Arbeit mit jedem unserer Schritte gemeinsam mit dem Volk aufbauen und so in die Wahlen gehen.

„Der historische Bruch kann für die Unterdrückten ausfallen"

Gegen den rechten Faschismus linke, demokratische Werte zu stärken und an die Macht zu bringen, ist heute mehr denn je möglich. Wenn alle fortschrittlichen, revolutionären, patriotischen Kräfte, die Kader, die Jugendlichen und die Frauen all ihre Energie und Zeit in diesen Kampf stecken und so ihrer Führungsrolle gerecht werden, wird der historische Bruch positiv für die Unterdrückten ausfallen."

Quelle: ANF, 02.05.2018

mindestens zehn Millionen kurdischen Wählern verkörpert Selahattin Dermitas die Aussicht auf eine andere Türkei. So wird wohl seine Kandidatur bewirken, dass Erdogan unter 50 Prozent bleiben wird. Interessant wird dann der mögliche zweite Wahlgang zum Präsidentenamt. In diesem werden die kurdischen Stimmen über den Wahlsieg entscheiden. Spannend wird sein, wie sich die Opposition in der Stichwahl zwei Wochen später entscheidet.

Viel wird auch von den Stimmen im Ausland abhängen. Wahlauftritte von Erdogan und Regierungsvertretern sind in Österreich und Deutschland untersagt worden. Wahrscheinlich wird daher die AKP-Wahlkundgebung in Straßburg stattfinden.

Selahattin Dermitas gab der Nachrichtenagentur Mesopotamia Agency über seine Anwälte ein Interview: „Wir sind die Alternative, die Alternative ist die HDP. Es gibt keinen Grund, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Die gegen die Unterdrückung verfolgte Linie der Demokratie hat die HDP zur Alternative geformt. Die HDP ist heute mit dieser

Demirtaş vor dem Gerichtsgebäude

Politik noch mehr wählbar und die Hoffnung für alle Menschen. (...) Die HDP ist eine starke populäre Bewegung, die den Faschismus trotz aller Unterdrückung, Hindernisse und Nöte bei den Wahlen besiegen kann. (...) Es dauert nicht mehr lange, am 24. Juni wird alles klar sein. Bei dieser Wahl hat die HDP ein Potential von über 20 Prozent. Wir werden dann über das tragische Ende der Möchtegern-Diktatoren und den Sieg der demokratischen Kräfte sprechen." Unter Bezugnahme auf die Wahlergebnisse der HDP bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 ruft Dermitas auf: „Ich appelliere an alle, vor allem an die Jugendlichen und die Frauen, die mit großem Einsatz, Opferbereitschaft und Mut die Siege vom 7. Juni und 1. November geschaffen haben, sich wieder mit dieser Motivation an der Wahlkampagne zu beteiligen." (AFN english, 5.5.2018)

In Deutschland sollten wir die Wahlkampagne der HDP mit aller Kraft unterstützen. Hier finden die Wahlen schon vom 1. bis 15. Juni statt.

Den Unterschied begreifen

Eva Detscher, Karlsruhe

Gelingt den Briten das Kunststück, trotz des Brexit-Grabens handlungsfähig zu bleiben?

Es scheint seltsam ruhig geworden um das Thema Brexit. Es ist fast so, als ob es etwas Irrationales wäre, was sich da abspielt. So wirklich eine Vorstellung davon, wie es sein wird, wenn Ende März 2019 das Vereinigte Königreich (UK) nicht mehr zum politischen und Wirtschaftsraum der Europäischen Union gehören wird, scheint keiner zu haben. Aus den Verhandlungsrunden zwischen EU und UK tauchen nur noch ab und an Meldungen auf. Am 30. April und 1. Mai war der Verhandlungsführer der EU, Barnier, in Irland und Nordirland und hielt eine Rede auf dem „4th All-Island Civic Dialogue, Dundalk" (4. Bürgerdialog für die ganze Insel) und stellt dabei erneut klar, dass entweder die Irische See oder die Landgrenze auf der irischen Insel die EU-Außengrenze wird. Und auch die Regierung in London, die freie Hand für eigene Zollabkommen haben möchte und am liebsten ohne Zölle innerhalb der irischen Insel operieren möchte, will keine Infrastruktur an einer Grenze durch Wahlbezirke haben, in welchen die Sinn Fein die Mehrheit hat. Gerade hat Theresa May für ihre Idee einer neuen Zollpartnerschaft mit der EU eine Ohrfeige von ihrem „war cabinet" („Kriegskabinett") bekommen, die Brexiters feierten ihren „Sieg" und Mays „Niederlage". Der britische Verhandlungsführer Davis versicherte den „Leavers"– denjenigen Konservativen, die hinter jeder Verhandlungslösung einen Verrat und eine Unterwerfung des Königreichs unter die EU wittern –, dass er „100%" zuversichtlich sei, die Zollunion zu verlassen. Ein Abgeordneter, Peter Bone, warnte jedoch, dass die Öffentlichkeit es satthabe, wie lange der Prozess dauere. Wenn die Minister auf eine rasche Einigung hoffen, müssten sie sich bald auf eine Vision für den Post-Brexit-Zoll einigen.

„Britain ‚will not be able to leave customs union until 2023', ministers told" – die Schlagzeile des Telegraph Brexit Bulletins vom 4. Mai bringt weitere Szenarien ins Spiel auf: Experten haben der Ministerrunde vorgerechnet, dass es noch mindestens fünf Jahre brauche, um die Technologie für wie immer auch geartete Nach-Brexit-Beziehungen zwischen UK und EU sowie für das Management der Grenzen zur Verfügung zu haben. Das würde bedeuten, dass die nächsten Parlamentswahlen (2022) unter dem Stigma stehen würden: die Tories haben den Brexit nicht bewältigt, das Land habe in keiner Weise von dem Austrittsbeschluss profitiert.

Eine Fifty-Fifty-Gesellschaft

Die stimmenmäßige knappe Mehrheit 2016 im Referendum über den Austritt ihres Landes aus der EU war das erste deutliche Anzeichen dafür, dass Großbritannien die Handlungsfähigkeit im Sinne einer good Governance einzubüßen droht. Historisch gesehen hat es in Britannien schon immer eine Zweiwertigkeit in der Zielsetzung gegeben. Diese offene Situation zu beherrschen ist ein Kennzeichen der britischen Gesellschaft. Durch das Brexit-Referendum wird auf einmal jeder Frage dieses „bist Du dafür oder dagegen" übergestülpt, und es stehen sich auf vielen Feldern der britischen Gesellschaft unversöhnliche Lager gegenüber. Die jetzige Situation, dass die praktischen Korridore für die Einordnung in die Weltwirtschaft geschlossen scheinen und die Schnittstellen noch nicht gefunden sind, erscheinen als Patt. Zum drohenden Chaos wird es angesichts der weltweiten Risiken. Die Illusion, dass Britannien über Britannien entscheiden kann, wie sie von den Brexitern als Gift in die Welt gestreut wird, ist brandgefährlich. Sie konnte entstehen, weil mit tradierten Normen und dem gesellschaftlichen Konsens über Verfassung und Rolle der Parlamente gebrochen worden ist. Der Konsens, dass der 1975 von einem Referendum unterstützte Beitritt Britanniens zur EU eine Entscheidung für alle Zeiten sei und sich alle auf die Ausgestaltung – mit etlichen Spezialregelungen für Großbritannien seitens der Gesamt-EU – eingelassen hatten: dieser Konsens ist attackiert worden – mit noch unabsehbaren Folgen.

Eine Verfassungsdiskussion in UK

„Zwar meint man allgemein, Britannien habe keine Verfassung, weil die Regierung jederzeit die Gesetze ändern kann, doch widerspricht dem eine Fülle von Ordnungen und Dokumenten, angefangen von der Magna Carta von 1215 und der Bill of Rights von 1688 bis zur Reform Bill aus dem Jahre 1832. Man muss zu einer Fülle von Texten greifen, um die Verfassung aufzuspüren, aber dann findet man sie." (Jeremy Adler*, SZ, 8.1.2018). Und weiter: „Dem Begründer des britischen Konservatismus, Edmund Burke, verdanken wir etwa die Definition der Rolle eines Abgeordneten. Er betont, ein *„Abgeordneter"* sei kein *„Deputierter"*: Jener darf nicht den Willen seiner Wähler exekutieren, er muss stets nach

dem eigenen Gewissen handeln. In seiner *„Rede an die Wähler Bristols"* meinte Burke 1774, der Abgeordnete darf nicht *„seine vorurteilslose Meinung, sein reifes Urteil, sein aufgeklärtes Bewusstsein"* dem Wähler opfern. Wer das tut, *„verrät"* die Wählerschaft. Dieses Prinzip ist tief in der Struktur des Lebens Britanniens verankert. Die jetzige Regierung hat mit dem Grundsatz gebrochen. May beschwört stets *„den Willen des Volkes"*. Damit maßt sie sich etwas an, was als *„Tyrannei der Majorität"* bezeichnet wurde, anstatt eine gewissenhafte Legislative zu leiten. Ihr Begriff des *„allgemeinen Willens"* widerspricht dem britischen System. Die im Gewissen des Einzelnen verankerte Macht verlagert sich dadurch auf den schwer zu definierenden Willen des Volkes."

Tatsache ist aber auch, dass gegen dieses populistische Vorgehen die britische Verfassung nicht geholfen hat. „Denn um die verfassungsrechtliche Problematik zu umgehen, hatte man entschieden, dass die britischen Referenda nur *„beratende"* Funktion haben. Keiner weiß aber, was das heißt. Ohne dass man die Entscheidung im Parlament auch nur debattiert hätte, behauptete die neue Premierministerin in einer lächerlichen Tautologie: „Brexit means Brexit." Über Nacht hatte sich die modisch gekleidete Befürworterin Europas ohne jegliche Erklärung in eine Brexiterin verwandelt. Was sagte ihr Gewissen, das – so Burke – sie leiten sollte? Weder definierte sie, was „Brexit" heißt, noch hatte sie für ihr Vorgehen ein Mandat, noch beachtete sie die Interessen derer, immerhin sechzehn Millionen, die sie kurz zuvor als erklärte Anti-Brexiterin repräsentiert hatte. Nach einer Wahl vertrauen die Verlierer darauf, dass die Opposition ihre Interessen verfolgen wird. Nach dem Referendum blieb aber niemand, der für die überstimmte Hälfte der Wähler hätte Partei ergreifen können." (ebenfalls Jeremy Adler, dieses Mal FAZ, 8.8.2016!)

Hausaufgaben für die EU

Es ist nichts Neues oder Besonderes, dass es in der britischen Bevölkerung viele und verschiedene Ansichten über die Bedeutung Großbritanniens in der Welt gibt. Auf einer Veranstaltung der deutsch-britischen Gesellschaft in Berlin berichteten die Referenten z.B. darüber, dass es auf der britischen Insel noch Bezirke gibt, die keine Fremdsprachen unterrichten, oder dass die USA in vielen Köpfen noch als Anhängsel an England betrachtet werden. Die Burgmentalität einer Inselbevölkerung, aufgeheizt mit Wiederauferstehungsphantasien eines britischen Weltreichs – das macht die Einhegung der Differenzen immer komplizierter. Ein Problem ist, die Zeit spielt denen in die Hände, die auf das Chaos setzen. Als nach dem Referendum der UKIP-Chef Nigel Farage in einem Interview beschuldigt wurde, das Chaos herbeigeführt zu haben, lachte er laut auf und behauptete, es könne „gar nicht genug Chaos" in Großbritannien geben. Dass es diesen Kräften gelingen konnte, eine Mehrheit für den Brexit zu mobilisieren, ist schwer auszuhalten. Und es wäre sehr einfältig, die Vorgänge um den Brexit nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. In allen Ländern der EU gibt es die kontrafaktische Erzählung von der EU als Ursache allen Übels und von der Alternative des Rückzugs auf den Nationalstaat. Und es wäre fatal zu glauben, dass man darauf mit einer einheitlichen, für alle Länder gleichen Erzählung antworten oder gegensteuern könnte: es braucht den Blick auf die historischen gewachsenen tradierten Befindlichkeiten –ergänzend zum Verständnis der gewachsenen Realität weltumspannender Zusammenarbeit und Beziehungen. Das Austarieren von Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraumes mit den notwendigen und gewachsenen Strukturen der Selbstverwaltung und Steuerung muss für die EU auf der ständigen Tagesordnung stehen – und tatsächlich sind die Gestaltungsspielräume ständiges Thema auf den vielen Ebenen der Zusammenarbeit der EU-Staaten. Dass vielen dies nicht bekannt ist, und dass hier ganz andere Kaliber an Informationspflicht und Beteiligungsphilosophie aufgefahren werden müssen, ist allen deutlich vor Augen, die dem zerstörerischen Angriff der Nationalisten auf die EU entgegentreten.

Der Riss quer durch die Konservative Partei

Spekulationen darüber, wann Theresa May von ihren eigenen Konservativen gestürzt würde, haben sich in der Vergangenheit als müßig erwiesen. Wenn sie fiele, wäre dies für die Tories insgesamt ein sehr hohes Risiko. Es musste denn auch nicht May, sondern die Innenministerin Amber Rudd zurücktreten wegen des sogenannten Windrush-Skandals. Dabei ging es um den Umgang mit Einwanderern aus Karibikstaaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg legal nach Großbritannien gekommen waren. Ihnen wurde 1971 das Bleiberecht zugesprochen. Viele machten ihren Status aber nie offiziell, häufig weil sie als Kinder mit ihren Eltern nach Großbritannien gekommen waren. Im Zuge von Gesetzesverschärfungen der britischen Regierung gegen illegale Einwanderung waren zuletzt auch diese Migranten und ihre Nachfahren in den Fokus geraten. Ohne gültige Papiere drohte ihnen die Abschiebung – außer sie konnten Belege für jedes Jahr vorweisen, das sie in Großbritannien lebten. Unter den Einwanderern aus der Karibik hatten die Maßnahmen Ängste ausgelöst, einige verloren ihre Arbeit oder verschuldeten sich, als sie versuchten, ihren Status nachzuweisen. May hat sich bei den Karibikstaaten aus dem Commonwealth entschuldigt – für die Betroffenen bleibt die Unsicherheit, welchen Schaden für das komplizierte Auskommen unterschiedlichster Milieus in der britischen Gesellschaft entstanden ist, ist kaum abzuschätzen. Die aufgehetzten und sich im Recht wähnenden Nationalisten und Rassisten haben seit Beginne der Brexit-Kampagne 2015 zahlreiche Straftaten begangen, bis hin zum Mord 2016 an der Abgeordneten Jo Cox durch einen Nationalisten, der bei der Tat ausrief: „Britain first". Neuer Innenminister ist übrigens der ehemalige Deutsche-Bank-Manager und Euroskeptiker Sajid Javid geworden, der sich für einen Austritt Großbritanniens aus der Zollunion einsetzt.

* Anmerkungen zu Jeremy Adler: Der Autor ist Professor Emeritus für Germanistik am King's College in London. Zuletzt erschien von ihm „Das absolut Böse: Zur Neuedition von Mein Kampf" (Donat Verlag).

INFO: Kommunalwahlen verschaffen den Tories Luft

Labour hatte sich für die Kommunalwahlen in England ein eindeutiges Signal gegen die Tories versprochen – und hat dieses Ziel krachend verfehlt. Die Personalie Jeremy Corbyn als Hoffnungsträger hat unter den Antisemitismus-Vorwürfen Federn gelassen – und der linke Flügel der Partei sieht sich nicht nur unter dem Druck der rechten Presse, sondern vor allem auch unter dem Feuer des pragmatischen Flügels. Die Tories verbuchten die Ergebnisse als positiv. „Mit dem Kommunalwahlergebnis ist nun wieder Raum entstanden, um in internen Debatten eine Lösung für die Quadratur des Kreises zu finden," schreibt die FAZ am 5. Mai. UKIP – in den Wahlen 2014 triumphierend – ist von der Landkarte verschwunden (die englische Presse spricht von „ausradiert"), die einst gehaltenen Mandate sind gleichermaßen an die Tories und an Labour gegangen. Die Kommunalwahlen zeigen die Probleme, die beide großen Parteien beim Aufbau einer nationalen Mehrheit haben werden: Labour wird in der Provinz einfach nicht vertraut, während die Tories in großen, liberalen Städten unter scharfer Beobachtung stehen. Beide Parteien hatten bei den Parlamentswahlen im Juni letzten Jahres riesige Stimmenanteile erzielt, von denen sie im Moment meilenweit entfernt sind.

Französisch-Polynesien: Frankreich hält an bisheriger Kolonialpolitik fest

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Französisch-Polynesien liegt im Pazifik und hat eine Meeresfläche so groß wie Europa. Die Landfläche dagegen hat nur 4000 qkm und verteilt sich auf 118 Inseln. Insgesamt leben dort etwa 250 000 Einwohner, wovon etwa 70% einheimische Maohi sind. Tahiti mit der Hauptstadt Papeete ist hierzulande wohl die bekannteste der Inseln. Französisch-Polynesien ist „collectivité d'outre-mer", ein Überseegebiet von Frankreich, es verfügt jedoch über weitgehende Autonomierechte. Es hat aber nicht den Status eines Departements. In Fragen der Außenpolitik oder der Justiz ist Paris zuständig. Französisch-Polynesien gehört nicht zur Europäischen Union und die Währung ist daher nicht der Euro. Man bezahlt mit dem Pazifischen Franc (XPF), der jedoch fest am Euro gekoppelt ist. Die Amtssprache ist Französisch.

Seit kurzem steht fest: Frankreichs Regierung hält auch unter dem neuen Präsidenten Emmanuel Macron an seiner bisherigen Kolonialpolitik gegenüber Französisch-Polynesien fest. In ihrer jährlichen Resolution zu Französisch-Polynesien stellte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) Anfang Dezember 2017 bereits zum fünften Mal in Folge fest, daß Frankreich die 2013 erfolgte Wiedereinschreibung Französisch-Polynesiens auf der Liste der zu entkolonisierenden Territorien verweigert. Frankreich hat bisher keine seiner pazifischen Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen.

Bereits Macrons Vorgänger Hollande hatte viele Polynesier enttäuscht, da er vor seiner Wahl schriftlich versprochen hatte, sich für die Entkolonisierung des Landes einzusetzen und dann genau das Gegenteil tat. Viele hofften, daß Emmanuel Macron, der während seines Wahlkampfes die frühere Kolonialpolitik Frankreichs als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezeichnet hatte, in dieser Hinsicht eine Kehrtwende machen würde. Diese Hoffnungen wurden nun endgültig enttäuscht, zumal Macrons Partei „En Marche" ankündigte, die amtierende profranzösische Landesregierung in Papeete offiziell zu unterstützen.

Natürlich macht die Unabhängigkeit allein kein Land zum Paradies und keiner der unabhängigen Staaten des Pazifiks ist heute frei von Problemen. Eher das Gegenteil ist der Fall. Dennoch: Wenn man etwas genauer hinschaut, kann man für die wirtschaftliche und politische Situation dieser kleinen pazifischen Staaten weiterhin die klassischen imperialistischen Gründe der Kolonialmächte erkennen. Seit 1949 gibt es in Französisch-Polynesien starke Unabhängigkeitsbestrebungen. Bereits 1949 wurde die erste antikoloniale politische Partei gegründet, die Demokratische Vereinigung des Tahitianischen Volkes (RDPT). 1957 erhielt das Land innere Autonomie mit einer gewählten Regierung, wobei die RDPT die Mehrheit stellte. Diese begann das Land auf die erhoffte baldige Unabhängigkeit vorzubereiten. 1958 organisierte Frankreich dann eine Volksabstimmung, bei der unter starkem französischem Druck die sofortige Unabhängigkeit, obwohl vom lokalen Regierungschef favorisiert, mehrheitlich zurückgewiesen wurde. Unmittelbar danach wurde die Autonomie wieder abgeschafft und ein repressives Kolonialsystem wiedereingeführt. Pouvanaa, der Ministerpräsident der autonomen Regierung, wurde unter dubiosen Vorwürfen verhaftet und zehn Jahre lang inhaftiert, die RDPT verboten.

Der Hauptgrund für dieses repressive neokoloniale Vorgehen war die Einrichtung eines Atomtestgebietes auf dem Atoll Mururoa, wo dann von 1966 bis 1996 knapp 200 Atomtests stattfanden. Die Unabhängigkeit sollte deshalb unter allen Umständen verhindert werden. Gegen die Atomtests gab es von Anfang an Proteste. Aus dieser Bewegung ging dann in den 70er Jahren eine neue Unabhängigkeitsbewegung hervor.

Bis zur Christianisierung der Inseln Anfang des 19. Jahrhunderts war der Marae Taputapuãtea das spirituelle und kulturelle Zentrum Ostpolynesiens. Der Haupttempel besteht aus einem etwa 60 x 60 m großen gepflasterten Platz, an dessen Südseite sich ein von bis zu 3,5 m hohen Steinblöcken eingefaßter 50 m langer zweistufiger Altar befindet. Während der Blütezeit polynesischer Navigation vom 13. bis zum 15. Jahrhundert segelten Priester und Adelige von vielen Inseln zu jährlichen Zeremonien nach Taputapuãtea. 2017 wurde die Anlage zum Unesco-Weltkulturerbe erklärt.

Zunächst in viele kleine Gruppen zersplittert, bildete sich im Laufe der 80er und 90er Jahre erneut eine große politische Partei für die Unabhängigkeit heraus: Die Polynesische Befreiungsfront „Tavini Huiraatira". Insbesondere die letzten Atomtests 1995 gaben der Bewegung starken Auftrieb und verschafften ihr kurzzeitig internationale Aufmerksamkeit und Solidarität. Allerdings steht trotz allem weniger als die Hälfte der Maohi hinter diese Bewegung. Die Unabhängigkeitspartei bleibt Opposition. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die profranzösische Politik. Durch den Aufbau der militärischen Infrastruktur strömt viel Geld ins Land. Verglichen mit unabhängigen Staaten wie Papua-Neuguinea sind die sozialen Verhältnisse stabil. Der Preis, der dafür bezahlt wird: Der Aufbau einer autarken einheimischen Wirtschaft wurde verhindert und das Land bleibt von Frankreich völlig abhängig.

INFO: Entkolonisierung ist nicht allein Sache der jeweiligen Kolonialmacht

Entkolonisierung ist nicht allein Sache der jeweiligen Kolonialmacht, sondern seit ihrer Gründung 1945 ein zentrales Anliegen der Vereinten Nationen. Von der UNO wurden dafür völkerrechtliche Regeln aufgestellt. In der UN-Charta von 1945 wird in Kapitel IX, Artikel 73 festgelegt, dass „alle Kolonialmächte verpflichtet sind, die von ihnen verwalteten Gebiete ... auf die Selbstverwaltung vorzubereiten." 1953 wurde in der Resolution 742 (VII) präzisiert, wie ein nichtselbstverwaltetes Gebiet seine Selbstbestimmung erreichen kann: Im Regelfall geschieht dies durch das Gewähren der Unabhängigkeit. Als mögliche Sonderformen kann auch Assoziierung mit einem Staat oder Integration in einen Staat (die ehemalige Kolonialmacht oder ein Drittstaat) akzeptiert werden. Letztere Optionen müssen aber von der Bevölkerung in einer Abstimmung, in der auch die Option der Unabhängigkeit besteht, ausdrücklich so gewählt worden sein. 1960 wurde die Entkolonisierung dann durch zwei Resolutionen systematisiert: Resolution 1514 (XV) bekräftigt das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung. Sie müssen ihren politischen Status frei bestimmen können. Resolution 1541 (XV) präzisiert die Klassifizierung als nicht-selbstverwaltetes Gebiet: In Frage dafür kommen Gebiete, die vom Mutterland geographisch getrennt und ethnisch oder kulturell verschieden sind. Ein solches Gebiet hat dann seine Selbstbestimmung erreicht, wenn eine der drei Optionen aus Resolution 742 gewählt wurde.

DOK: Aktionen – Initiativen
THORSTEN JANNOFF, Gelsenkichen
Thema Frieden!

Militärschlag in Syrien war völkerrechtswidrig

Berlin. **Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags stuft den von Deutschland unterstützten Militärschlag der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Syrien als völkerrechtswidrig ein.** „Der Einsatz militärischer Gewalt gegen einen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention durch diesen Staat zu ahnden, stellt einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot dar", heißt es in einem elfseitigen Gutachten [PDF]*, das von Heike Hänsel und Alexander S. Neu in Auftrag gegeben wurde."

„Das neueste völkerrechtliche Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zum Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Syrien ist eine Ohrfeige für die scheinmoralische Argumentation dieser Staaten. Es ist aber auch eine Ohrfeige für die Bundesregierung, die diesen völkerrechtswidrigen Angriff als ‚erforderlich und angemessen' rechtfertigte. Die Bundesregierung unterstützt somit einen gravierenden Völkerrechtsbruch und trägt damit selbst zur Erosion dieses Regelwerkes bei. Die Linke fordert als erste Konsequenz aus diesem völkerrechtswidrigem Verhalten der Verbündeten Deutschlands den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus der Region", kommentieren Heike Hänsel und Alexander S. Neu die wissenschaftliche Ausarbeitung. „Die Bundesregierung muss verstehen, dass auch westliche Staaten sich ausnahmslos an das Völkerrecht halten müssen. Wer mit zweierlei Maß misst, wie zum Beispiel den Angriff auf Jugoslawien und die gewaltsame Abtrennung des südserbischen Staatsgebietes Kosovo durch die Nato-Staaten rechtfertigt, aber die Sezession und den Anschluss der Krim als Annexion und als Völkerrechtsbruch bezeichnet, agiert genau mit Doppelstandards. Eine solche Politik rächt sich irgendwann, wenn andere Staaten sich auch nicht mehr ans das Völkerrecht gebunden fühlen. Auf diese Weise wird das Völkerrecht zu einem Diffamierungsinstrument reduziert. Zur Vermeidung von Doppelstandards ist die Bundesregierung nun gefordert, auch Sanktionen gegen diese drei mit Deutschland verbündeten Staaten zu erlassen."
www.linksfraktion.de

Völkerrechtliche Implikationen des amerikanisch-britisch-französischen Militärschlags vom 14. April 2018 gegen Chemiewaffeneinrichtungen in Syrien. (Auszüge, ohne Fußnoten, Hervorh. wie Original)

https://www.bundestag.de/blob/551344/f8055ab0bba0ced333ebcd8478e74e4e/wd-2-048-18-pdf-data.pdf

1. Der alliierte Militäreinsatz gegen Syrien im Spannungsfeld zwischen Legalität und Legitimität: Politische, moralische und rechtliche Positionen

Die politisch und moralisch aufgeladene Debatte über die jüngsten Luftangriffe der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Chemiewaffeneinrichtungen und militärische Infrastruktur in Syrien1 erzeugen ein Spannungsfeld, bei dem die Frage nach der **völkerrechtlichen Legalität** der Militäroperation zugunsten der **politisch-moralischen Legitimität** des Handelns argumentativ in den Hintergrund tritt. So enthalten die Begründungen der drei kriegführenden Nato-Partner für den Militäreinsatz vom 14. April 20182 – einschließlich der Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft – überwiegend politische und moralische Argumente – mit Ausnahme Großbritanniens dagegen kaum klare Rechtsbehauptungen. Abgesehen von Staaten wie Russland, Iran oder Syrien, die wie erwartet in den alliierten Militärschlägen gegen syrische Chemiewaffeneinrichtungen einen klaren Völkerrechtsverstoß *(act of aggression)* erkannten, stieß die Militäroperation bei der Mehrheit der Staatengemeinschaft **politisch weitgehend auf Zustimmung.** Eine **Resolution im VN-Sicherheitsrat**, welche die alliierten Militärschläge verurteilen sollte, kam nicht zustande.
Die **deutsche Regierung** hält die Einsätze für „erforderlich und angemessen" um das Assad-Regime von weiteren Verstößen gegen die Chemiewaffenkonvention abzuhalten und ein Signal dahingehend zu setzen, dass ein Einsatz von Chemiewaffen – das Überschreiten der von US-Präsident Obama 2013 gezogenen „roten Linie" – nicht folgenlos bleiben dürfe.
Ausdrücklich wird dabei auf die Blockade-Situation im VN-Sicherheitsrat abgehoben, die es verhindert hätte, in diplomatischer Weise auf den Syrienkonflikt einzuwirken und den wiederholten Giftgaseinsatz gegen die syrische Bevölkerung zu unterbinden. In ihrer völkerrechtlichen Bewertung unterscheiden sich die jüngsten Luftangriffe der Alliierten gegen syrische Chemiewaffeneinrichtungen vom 14. April 2018 nicht grundsätzlich von jenem **Militärschlag**, den die USA bereits im **April 2017** im Alleingang gegen die syrische Luftwaffenbasis Schairat geführt hatte; auch die Militäroperation 2017 ist im Ergebnis einhellig als **völkerrechtswidrig** bezeichnet worden. In beiden Fällen wurden Parallelen zur Kosovo-Intervention von 1999 gezogen. Die völkerrechtliche Diskussion über die Frage einer potentiellen militärischen Reaktion auf Giftgaseinsätze in Syrien reicht bis ins Jahr 2013 zurück, als der damalige US-Präsident Obama für den Fall des Überschreitens der „roten Linie" militärische Vergeltungsschläge angedroht hatte. Die völkerrechtliche Literatur sowie die deutsche Presse haben den jüngsten Militärschlag der Alliierten gegen Syrien **einhellig als völkerrechtswidrig** qualifiziert.
Dieser Beitrag analysiert den alliierten Militärschlag gegen Syrien zunächst unter dem Gesichtspunkt des **Repressalienrechts** (dazu 2.) und anschließend unter dem ius ad bellum-Aspekt der **„humanitären Intervention"** (dazu 3.). Abschließend soll kurz auf die Bedeutung der **Rechtsauffassungen der internationalen Staatengemeinschaft** im Lichte der Fortentwicklung des Völkerrechts eingegangen werden (dazu 4.).

2. Völkerrechtliche Positionen zum Repressalienrecht

Zur Frage der **Zulässigkeit von Repressalien** lassen sich folgende völkerrechtliche Positionen formulieren:
Völkerrechtliche Repressalien (Gegenmaßnahmen in Form von militärischen Vergeltungsschlägen) gegen einen Staat sind **grundsätzlich unzulässig.** Dies gilt auch dann, wenn eine Regierung eine **zentrale Norm des Völkerrechts** verletzt hat, die einen Staat gegenüber allen anderen Mitgliedern der Staatengemeinschaft verpflichtet und an dessen Einhaltung alle Staaten ein rechtliches Interesse haben (sog. erga-omnes Normen). Das grundsätzliche **Repressalienverbot** gilt auch dann, wenn ein Staat einen **internationalen Vertrag** wie die Chemiewaffenkonvention und entsprechende VN-Resolutionen (wie die Sicherheitsratsresolution 2118 (2013)) verletzt und mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen ein **Kriegsverbrechen** begangen hat. Die Verletzung einer Völkerrechtsnorm durch einen Staat begrün-

det keinen „Blankoscheck für unilaterale Zwangsmaßnahmen“ seitens einer „Koalition der Willingen“. Vielmehr sieht das Völkerrecht **rechtsförmige Mechanismen** vor – sei es im Rahmen der Chemiewaffenkonvention, sei es im Rahmen des Völkerstrafrechts – um internationale Konventionen durchzusetzen, deren Einhaltung zu überwachen sowie Rechtsgutverletzter zur Verantwortung zu ziehen und einen Völkerrechtsbruch zu ahnden. Dass die Durchsetzung solcher Rechtsmechanismen angesichts der **russischen (Blockade-)Haltung** im VN-Sicherheitsrat oder angesichts der Schwierigkeiten, Untersuchungen der OPCW im syrischen Douma durchzuführen, **eher theoretisch als praktisch und effektiv** erscheint, tut der völkerrechtlichen Bewertung keinen Abbruch. Umso mehr fällt in diesem Zusammenhang ins Gewicht, dass im Falle der alliierten Militärschläge vom 14. April 2018 die Ergebnisse der OPCW-Untersuchungen in Syrien nicht einmal abgewartet wurden.

Der Einsatz militärischer Gewalt gegen einen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention durch diesen Staat zu ahnden, stellt einen **Verstoß gegen** das **völkerrechtliche Gewaltverbot** (Art. 2 Nr. 4 VN-Charta) dar. Dies bestätigen wichtige Judikate und Beschlüsse internationaler Institutionen … **Repressalien** im Rahmen eines bereits **andauernden internationalen Konflikts** sind dagegen **nicht *per se* unzulässig;** doch dürfen solche Zwangsmaßnahmen nur in ganz beschränktem Umfang eingesetzt werden, um eine völkerrechtswidrig handelnde Konfliktpartei zu völkerrechtskonformem Handeln zu bewegen – nicht aber, um bereits abgeschlossene Kriegsverbrechen zu ahnden. Repressalien sind insoweit kein „Vergeltungsmittel“, sondern ein völkerrechtliches Beugemittel zur Abschreckung, zur Rechtsdurchsetzung bzw. Rechtswiederherstellung.

Allerdings scheidet die Betrachtung der jüngsten amerikanisch-britisch-französischen Luftschläge gegen das syrische Assad-Regime unter dem Gesichtspunkt der **Kriegsrepressalie** bereits deswegen aus, weil sich die drei Alliierten **nicht in einem direkten bewaffneten Konflikt mit dem syrischen Zentralstaat** befinden. Das militärische Engagement der Alliierten in Syrien galt bislang ausschließlich der Bekämpfung des sog. „Islamischen Staates“ in Syrien – wenngleich ohne Zustimmung des Assad-Regimes – auf der Grundlage des Selbstverteidigungsrechts im Nachgang zu den „IS“-Attentaten von Paris vom November 2015 (Anti-IS-Operation „Inherent Resolve“).

3. Der alliierte Militäreinsatz gegen Syrien im Lichte des ius ad bellum und der humanitären Intervention

Der jüngste Militäreinsatz der Alliierten gegen Syrien stellt – wie bereits die Kosovo-Intervention von 1999 – eine **Herausforderung für das völkerrechtliche Gewaltverbot** dar. Die Ausgangslage in Syrien im April 2018 scheint ähnlich wie 1999: **Mangels einer Selbstverteidigungslage** zugunsten der militärisch intervenierenden Alliierten (USA, Frankreich, Großbritannien) hätte nur der VN-Sicherheitsrat gem. Kapitel VII der VN-Charta einen Militärschlag legitimieren können, um die internationale Sicherheit wiederherzustellen.

Resolution 2118 (2103), welche die Vernichtung aller syrischen Chemiewaffen durchsetzen sollte, droht dem Assad-Regime zwar mit dem Einsatz von Gewalt, behält eine Entscheidung darüber aber dem VN-Sicherheitsrat selbst vor.

Allein **Großbritannien** hat seine eigene Rechtsposition zum alliierten Militärschlag gegen Syrien in einem **„Policy Paper“** vom 14. April 2018 dargelegt. Darin heißt es, dass das Völkerrecht es erlaube, in Ausnahmefällen, Maßnahmen zu ergreifen, um überwältigendem menschlichen Leiden abzuhelfen. Die Rechtsgrundlage dafür sei die Doktrin der humanitären Intervention, für die drei Tatbestandsvoraussetzungen zu erfüllen seien:

- Erstens sei es erforderlich, dass die internationale Gemeinschaft als Ganzes überzeugt sei, dass es eine extreme humanitäre Notlage gebe, der unmittelbar und unverzüglich abzuhelfen sei.
- Zweitens dürfe es keine praktikable Alternative zur Gewaltanwendung geben.
- Und drittens müsse die Gewaltanwendung notwendig und verhältnismäßig sein.

Die genannten Voraussetzungen sieht das Vereinigte Königreich als erfüllt an: Durch die Blockade des VN-Sicherheitsrates gebe es keine andere Handlungsmöglichkeit; die gezielten und begrenzten Angriffe auf die Chemiewaffen-Infrastruktur seien notwendig und verhältnismäßig.

Die **britische Rechtsposition** zu den Militärschlägen gegen Syrien, der sich **Deutschland im Grundsatz offenbar angeschlossen** hat, **kann im Ergebnis nicht überzeugen.**

Abgesehen von der **fehlenden Kohärenz der „humanitären Anteile“ dieser Argumentation** – erstens ist fraglich, ob die Militärschläge wirklich geeignet sind, weiteres Leiden zu verhindern, insbesondere mit Blick auf die mutmaßlich künftigen Opfern des andauernden Syrienkonflikts; zweitens ist fraglich, warum gerade der Chemiewaffeneinsatz angesichts eines sieben Jahre währenden Bürgerkriegs in Syrien das qualitativ entscheidende Ereignis darstellt, um eine humanitäre Intervention zu begründen – stellt der britische Ansatz lediglich eine weitere **„Spielart“ der Rechtsfigur der sog. „humanitären Intervention“** ohne Sicherheitsratsmandat und dem **Konzept** der **völkerrechtlichen Schutzverantwortung** (R2P) dar.

Wegen der bestehenden Missbrauchsgefahr ist die Zulässigkeit einer humanitären Intervention bis heute **völkerrechtlich ausgesprochen umstritten** und erscheint als **gewohnheitsrechtliche Ausnahme vom völkerrechtlichen Gewaltverbot** jedenfalls **nicht tragfähig.**

Wie bereits im Fall der Kosovo-Intervention 1999 lässt sich festhalten, dass völkerrechtswidriges Handeln nicht dadurch „geheilt“ wird, dass es moralisch legitim ist. Aus der **Legitimität staatlichen Handelns erwächst nicht automatisch dessen Legalität** … Abgesehen von Großbritannien haben die anderen beiden Akteure das **Rechtsargument der humanitären Intervention gar nicht explizit plädiert.** Dies wäre jedoch notwendig gewesen, um ihrer Begründung eine eindeutige **„opinio iuris“** zugunsten des Rechtfertigungstatbestandes der „humanitären Intervention“ entnehmen zu können.

So stellen sich die alliierten Luftangriffe dann im Ergebnis eher als unverhohlene Rückkehr zu einer Form der – völkerrechtlich überwunden geglaubten – **bewaffneten Repressalie im „humanitären Gewand“** dar.

4. Konsequenzen für die Fortentwicklung des Völkerrechts

… In den völkerrechtlichen Kommentaren zur alliierten Militäroperation gegen Syrien ist in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, dass das **Einstehen für eine regelbasierte internationale Ordnung** und ihre **zentralen Eckpfeiler** (wie insbesondere das völkerrechtliche Gewaltverbot) auch von einer **entsprechenden klaren und unmissverständlichen Artikulation von Rechtsauffassungen begleitet** werden müsse. Politische und rechtliche Glaubwürdigkeit hingen überdies davon ab, dass bei der völkerrechtlichen Beurteilung von Militäroperationen (Beispiele: Russische Krim-Annexion von 2014, Nato-Operation im Kosovo 1999, Militärschläge von Nato-Bündnispartnern gegen Syrien 2018) **nicht mit zweierlei Maß gemessen** werde.

Zusammen mit inzwischen über 40 Institutionen des politischen, kulturellen und sozialen Augsburgs möchten wir, d.h. die Augsburger Ehrenamtskreise und der Augsburger Flüchtlingsrat, dass der Augsburger Stadtrat eine Resolution verabschiedet, mit dem Inhalt

1. Abschiebungen nach Afghanistan stoppen
2. Integrationsleistungen für alle Geflüchteten
3. wohlwollende, nicht repressive Umsetzung der so genannten 3+2-Regelung

Inzwischen unterzeichneten auch fast 9000 Menschen die dazugehörige Petition.

Der Wortlaut der Resolution:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Augsburger Stadtrat spricht sich gegen Abschiebungen von im Verantwortungsbereich der Stadt Augsburg untergebrachten und lebenden Menschen nach Afghanistan aus. Er fordert die Regierung von Schwaben, den Freistaat Bayern und die Bundesregierung auf, keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.

2. Auf allen unter (1) genannten Ebenen, aber auch im Bayerischen und Deutschen Städtetag, setzt sich die Stadt Augsburg dafür ein, dass alle Geflüchteten, unabhängig vom erwarteten oder tatsächlichen Ausgang des Asylverfahrens, Zugang zu Integrationsleistungen, zu Sprachkursen, Praktika, Ausbildung und Arbeit haben.

3. Die Stadt Augsburg setzt sich in Bayern für eine wohlwollende Umsetzung der „3 plus 2-Regelung“ ein, die zu Gunsten der Antragsstellenden und ihrer Arbeitgeber/-innen ausgelegt wird und Geflüchteten in Ausbildung und Ihren Arbeitgeber/-innen mehr Rechtssicherheit bietet.

https://www.change.org/p/stadtrat-augsburg-augsburg-gegen-abschiebungen

Mittwoch, 25. April 2018

"Politisch Stellung beziehen und den Patient*innen ein Minimum an Würde zumindest im Kleinen bewahren" --- Redebeitrag von Dr. Elisabeth Friedrichs am 24.04.2018

Am 24.04.2018, zwei Tage nach einem verheerenden Selbstmordanschlag in Kabul mit mehr als 60 Todesopfern, fand die 12. Sammelabschiebung nach Afghanistan statt. Der Flug startete von Düsseldorf aus. Die Anzahl der Passagiere wurde bisher nicht bekanntgegeben, jedoch wurden in den vergangenen Flügen nach Afghanistan seit Dezember 2018 insgesamt mindestens 188 Menschen nach Kabul abgeschoben.

Der Augsburger Flüchtlingsrat hat daher zu einer Kundgebung am Rathausplatz um 18.30 Uhr aufgerufen. Insgesamt nahmen 110 Menschen teil, um ein Zeichen für ein „Solidarisches Miteinander und gegen Abschiebungen in Krieg und Perspektivlosigkeit“ zu setzen.

Abbildungen und Dokumente dieses Beitrags sind sämtlich bei http://augsburgerfluechtlingsrat.blogspot.de/ zu finden.

Traumatisierte Menschen: Aus der Geschichte lernen

Am 24. April fand auf dem Augsburger Rathausplatz eine Kundgebung gegen einen Abschiebeflug nach Afghanistan statt. Wir dokumentieren im Folgenden mit freundlicher Genehmigung der Autorin die Rede von Dr. Elisabeth Friedrichs, die Geflüchtete medizinisch betreut und aus ihren Erfahrungen berichtet.

Dr. med. Elisabeth Friedrichs, Augusburg

Liebe Anwesende!

Mein Name ist Elisabeth Friedrichs. Ich bin in Augsburg als Ärztin tätig und seit 2015 in der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen aktiv.

In einem Arbeitskreis „Flucht und Gesundheit“... beschäftigten und beschäftigen wir uns mit medizinischen Themen wie den unterschiedlichen kulturellen Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit in verschiedenen Ländern, etwa in Syrien und Afghanistan, außerdem der Organisation des Gesundheitswesens in diesen Ländern, der gesundheitlichen Situation der Roma, Frauenhaus Augsburg, Zentrum für Aids-Arbeit Schwaben usw., um die Anliegen unserer Patientinnen und Patienten besser verstehen zu können.

Eine Arbeitsgruppe befasst sich mit dem Thema „Flucht und Trauma“. Es geht hierbei um Vernetzung und Austausch zwischen Einrichtungen und Personen im Augsburger Raum, die in irgendeiner Weise in die Behandlung von durch Flucht Traumatisierte eingebunden sind. Zu den Treffen beider Arbeitskreise kommen Mitarbeiter z.B. aus der Traumahilfe Augsburg, dem HIFF (Hilfsnetzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in Augsburg), Solwodi (Solidarity with Women in Distress – Solidarität mit Frauen in Not), ZAS (Zentrum für Aids-Arbeit in Schwaben), Homöopathen ohne Grenzen, NADA-Akupunktur bei Stress und Trauma, aus der Musiktherapie, der Maltherapie, sowie Personen, die in der Psychotherapie und Psychiatrie im engeren Sinn tätig sind.

Bevor ich aus aktuellem Anlass von unserem letzten Treffen berichte, will ich ein paar Worte zum Thema „Trauma“ – „Posttraumatische Belastungsstörung“ sagen, wobei ich selbst keine ausgebildete Traumatherapeutin bin. Ich bitte also die Expert*innen um Milde.

Eine „Posttraumatrische Belastungsstörung“ kann als Folge von erlebten Extremsituationen entstehen, eben einem Trauma, zu denen auch die vielfältigen Formen von Misshandlungen und Erlebnissen von Geflüchteten im Heimatland oder auf der Flucht gehören. Die Traumahilfe Augsburg beschreibt mögliche Folgen eines Traumas so:

„Können diese Belastungserfahrungen nicht gut verarbeitet werden, bleiben die Betroffenen in vielen Situationen und – auch in eigenen – Reaktionen gefangen und erleben erneut Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit.

Durch diese traumatischen Erfahrungen kann es durch die komplexen Zusammenhänge von Psyche, Körper und Seele zu Folgen kommen wie:

- Wiederholte, sich aufdrängende Erinnerungen in Gedanken, Bildern, Gefühlen und (Alp-) Träumen
- Körperliche Übererregtheit, Reizbarkeit und Neigung zu übersteigerten Gefühlsreaktionen
- Übermäßige Schreckhaftigkeit
- Schlafstörungen
- Rückzug, Gefühlstaubheit, „Nebensich-stehen“
- Teilnahmslosigkeit und Gleichgültig-

keit gegenüber anderen Menschen und ihrer Umgebung
- Vermeidung von Situationen und Gesprächen, die unangenehme Erinnerungen hervorrufen könnten
- Angst, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit
- Gefährdung durch Alkohol- und Medikamentenmissbrauch oder Drogeneinnahme
- Teilweiser oder völliger Gedächtnisverlust
- Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren."

Diese Folgen treten u.U. erst nach Jahren auf. Es kann sein, dass die betroffene Person und/oder ihre Umgebung ihre Verhaltensweisen selbst nicht verstehen bzw. keinen Zusammenhang zwischen vor langer Zeit Erlebtem und jetzigen Verhalten herstellen, ja es kann sein, dass das Erlebte erst einmal aus der Erinnerung verschwunden, verdrängt ist.

Alle Therapien, verbal, ggf. auch nonverbal, sollen stützen, nicht in erster Linie analysieren und in der Vergangenheit wühlen. Sie sollen den Betroffenen helfen, mit allen Sinnen zu erfassen, dass das Schreckliche, Erlebte vorbei ist.

Es gilt, nach einem Trauma die wichtigsten Grundbedürfnisse zu befriedigen, das sind die Bedürfnisse nach
- Sicherheit
- Bindung
- Hoffnung und Zukunftsperspektive

Die Haltung der Behandelnden ist wesentlich, wichtiger als die Therapiemethode. Es geht darum, einen sicheren Rahmen schaffen, so dass es klar wird: „Das Schlimme ist jetzt endgültig vorbei. Jetzt kann an einer Zukunftsperspektive gearbeitet werden. Und, wie es ein Kollege Psychiater in unserem Kreis vor kurzem ausgedrückt hat: „Ich glaube meinen Patienten".

Beim letzten Treffen unseres Arbeitskreises im März sprachen wir vor allem über Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF), die einer Therapie bedurften aufgrund von auffälligen Verhaltensweisen, wie sie sich in einer Posttraumatischen Belastungsstörung ausdrücken. Viele junge Menschen – insbesondere aus Afghanistan – haben nicht nur in ihrem Heimatland Schreckliches erlebt, sie haben oft einen langen und bedrohlichen Fluchtweg hinter sich. Die Diagnostik als Voraussetzung einer guten Therapie dieser jungen Menschen erstreckt sich über einen längeren Zeitraum, ggf. braucht es Dolmetscher, sie bestand und besteht in den entsprechenden Facheinrichtungen aus mehreren zusammenwirkenden Bausteinen. Genannt wurden:
- Erreichen einer stabilen Situation im Äußeren, wie z.B. der Wohn- und Beziehungssituation

- Schaffen einer stabilen Struktur im Alltag (Schulbesuch)
- Gewährleistung einer stabilen Therapiesituation, möglicherweise auch medikamentös, sei es in der Gruppe oder einzeln über einen längeren Zeitraum.
- Mit den Jugendlichen erlernen, wie sie mit erneuten auftretenden Akut- und Krisensituationen umgehen können

Dieses ressourcenorientierte Herangehen braucht Zeit. Und es ist – wie die Fachleute aus dem Bereich von Jugendpsychiatrie und Psychotherapie sagten – von eminenter Wichtigkeit, dass für eine einigermaßen erfolgreiche Prognose nicht nur einer dieser Bausteine, sondern alle komplex zusammenwirken können. Insofern ist es mehr als zweifelhaft, ob die Voraussetzungen hierfür in einem Kriegsgebiet wie z.B. Afghanistan gegeben sind, es mag vielleicht sogar irgendwo Medikamente geben, aber es fehlt z.B. das mühsam aufgebaute Umfeld usw. Genau dieser komplexe Tatbestand wird trotz vorliegender ausführlicher fachkundig fundierter Atteste oft nicht gewürdigt, wenn es um die Entscheidung über einen Aufenthaltsstatus oder gar das Abwenden einer drohenden Abschiebung geht. Und so leiden Jugendliche zunehmend unter Ängsten, wenn sie auf die Volljährigkeit zugehen und ihr Status so fragil wird wie der von Erwachsenen, denen die Abschiebung droht.

Selbst die Unterbrechung einer aufgebauten Bindung kann zum Trauma werden. Auch lässt sich in der Diagnostik – dies ist zunehmend ein Thema in der Erwachsenenpsychiatrie – gar nicht mehr unterscheiden, ob Selbstmordgedanken – die man normalerweise als krankhaft bezeichnet – nicht eher einen sehr gesunden Realitätssinn ausdrücken. Das Schlimme ist dann eben nicht vorbei, sondern Alles kann vermutlich noch schlimmer werden.

In den 50er Jahren erkannten einige Therapeuten in der Behandlung und in der Begutachtung von Überlegenden aus den Konzentrationslagern, dass die Opfer der Konzentrationslager nicht in der Lage waren, über ihnen angetane Verletzungen wie Folter, Zwangssterilisation usw. zu berichten, ohne dass dies eine erneute Traumatisierung hervorgerufen hätte. Man musste ihnen dennoch glauben. Die Spätfolgen der erlittenen angetanen Verletzungen zeigten sich – wie auf einigen Kongressen bis in die 70er Jahren dokumentiert – bei einigen Personen erst sehr viel später, mit einer „Latenz", quälende Erinnerungen tauchten manchmal sehr viel später auf, bis hin zu Selbstmorden erst Jahrzehnte später, hierzu zählt wohl auch der Tod des Auschwitzzeugen und Autors Primo Levi. Einige der Gutachter brachten ihre Erfahrungen in die damals stattfindende Debatte um die eigentlich nach 20 Jahren anstehende Verjährung der Verbrechen des Nationalsozialismus 1965. Möglicherweise trugen ihre Argumente – zusammen mit den von 1963 bis 1965 stattfindenden Auschwitzprozessen in Frankfurt – dazu bei, dass es für Verbrechen aus dem Nationalsozialismus in Deutschland keine Verjährung gibt.

Aus dieser Erkenntnis meine Frage: Wie können wir eigentlich ausschließen, dass nicht auch Menschen, die jetzt nach Afghanistan in unsicheres Kriegsgebiet gewaltsam verbracht werden, von deren Erlebnissen nur sehr fragmentarisch bekannt ist , wieweit sie traumatisiert sind oder nicht, vielleicht auch, weil sie – wie KZ-Opfer in Deutschland – darüber nicht sprechen konnten, nicht nur zuhause erneut traumatisierenden Erfahrungen ausgesetzt werden, sondern an jetzt noch nicht sichtbaren Folgen einer Traumatisierung später schwer erkranken? Eigentlich müssten die Entscheider in Deutschland aus der deutschen Geschichte hierfür ein Gespür haben. Das scheint aber nicht der Fall zu sein.

Am 17. März wurde in Augsburg „100 Jahre Freistaat Bayern" gefeiert. In der

Kongresshalle konnte man einen Eindruck von der breiten Arbeit von Menschen aus allen Kontinenten erhalten, die in Augsburg friedlich zusammenleben, von Vereinen und Zusammenschlüssen gewinnen, die mit der Unterstützung von „Geflüchteten" befasst sind, und auch von tollen Aktivitäten der geflüchteten Jugendlichen z.B. in Berufsschulen. Von Staatsseite wurde dagegen andauernd von „Migranten mit Bleiberecht" gesprochen. Es gab Ehrungen besonders verdienter Personen, auch in der Migrantenmedizin. Die Menschen ohne Aufenthaltstitel (die z.B. in den schon bei der letzten Kundgebung genannten Ankerzentren untergebracht sind) blieben von offizieller Seite außen vor und erhielten keine Wertschätzung. Das hinterlässt einen bitteren (Nach-) Geschmack. „Tür an Tür" konnte immerhin in einem Beitrag sehr gut dagegen halten, u.a. mit der Forderung nach „Sprachunterricht für alle unabhängig von Aufenthaltstitel".

Auch im medizinischen Bereich haben wir mit bürokratischen Hürden zu tun. Wer noch keine 15 Monate im Land ist, hat Anrecht auf lediglich eingeschränkte medizinische Versorgung. Alle Therapien müssen vom örtlichen Sozialamt genehmigt werden. Augsburg ist hier sehr kooperativ, auch bei der Gewährung der Kosten für Psychotherapie, anderswo kann es anders sein.

Auf einer zentralen Kundgebung in Berlin am 20. März anlässlich der Tagung „Armut und Gesundheit" stand die Parole „Gesundheit ist ein Menschenrecht" im Zentrum. Über 20 Hilfsorganisationen forderten eine Abschaffung von Gesetzen, die verhindern, dass Menschen notwendige medizinische Leistungen in Deutschland in Anspruch nehmen können, hierunter neben kleinen Selbständigen auch ... Asylbewerber ... „Es gibt konkrete Gesetze, die diesen Personengruppen den Zugang zur medizinischen Versorgung erschweren", so Frau Dr. Offe von der Organisation „Ärzte der Welt". Die Erfüllung der Forderungen der Berliner Kundgebung würde nicht nur bürokratisch eine Erleichterung bringen, sondern auch einen kleinen Beitrag zu einem Minimum von Erhalt der Menschenwürde für Personen ohne Aufenthaltstitel in Deutschland leisten, auch wenn sich Abschiebungen dadurch nicht verhindern lassen. Bei unserem letzten Arbeitskreistreffen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es wir weiterhin versuchen, unseren Patient*innen/Klient*innen zumindest im Rahmen unserer Möglichkeiten ein Minimum an Würde im Kleinen zu erhalten, aber auch, politisch Stellung zu beziehen. Daher bin ich hier.

Augsburg, 24.4.2018

DOK: Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, Hamburg

THEMA: Medizinische Versorgung ist Menschenrecht

Pauschale Alters-Tests für junge Geflüchtete sind verfassungswidrig und bringen keine Sicherheit: HILDESHEIM. „Die Forderung der AfD nach medizinischer Altersfeststellung bei allen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Landkreis Hildesheim ist verfassungswidriger Humbug und stellt eine Vorverurteilung Schutzsuchender dar. Pauschale Alters-Tests für junge Geflüchtete brächten zudem keine Sicherheit, wären unsicher und unethisch", kommentiert Lars Leopold, Kreistagsabgeordneter der Linken und Mitglied im Migrationsausschuss, einen entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion.

Leopold weiter: „Mit ihrem Antrag, unbegleitete minderjährige Geflüchtete einer obligatorischen Altersfeststellung zu unterziehen, schürt die AfD einen Generalverdacht gegen Geflüchtete, den es in unserem Rechtsstaat nicht geben kann. Was uns als medizinische ‚Altersfeststellung' verkauft wird, ist zudem eigentlich nur eine unsichere Schätzung mit einer Fehlertoleranz von mehreren Jahren. Dementsprechend dämpfen zahlreiche Fachleute, etwa von der Bundesärztekammer, zu Recht die überzogenen Erwartungen an solche Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit."

Joachim Sturm, Fraktionsvorsitzender der Linken im Kreistag, betont: „Nur in Fällen, in denen auf der Basis begründeter Verdachtsmomente eine entsprechende richterliche Anordnung vorliegt, sollte eine Alterseinschätzung erfolgen. So ist beispielsweise in Strafverfahren eine Altersfeststellung in begründeten Zweifelsfällen aus gutem Grund erlaubt und auch legitim, denn hier geht es um die Einordnung nach Strafmündigkeit, Jugendstrafrecht und Erwachsenenstrafrecht." Fraktionskollege Leopold wirbt erneut für ein umfassendes soziales Betreuungs- und Beratungs- sowie ein psychologisches Behandlungsangebot für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: „... Unbegleitete minderjährige Geflüchtete müssen intensiv sozial, psychologisch und pädagogisch betreut werden, damit sie ein Teil des gesellschaftlichen Lebens werden. Nur dann werden sie ein soziales Umfeld entwickeln, das es rechtzeitig wahrnehmen kann, wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät."

https://www.dielinke-hildesheim.de

Senat gefährdet Integration der Flüchtlingskinder! HAMBURG. Der Senat lädt die Aufgabe der Integration der Flüchtlingskinder einseitig den Stadtteilschulen und den Schulen mit niedrigem Sozialindex auf. Das belegt seine Antwort auf eine Anfrage (Drs. 21/11325) der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft.

„Er schadet damit nicht nur der Integration der Flüchtlingskinder, sondern belastet darüber hinaus die Schulen, auf die schon jetzt alle Probleme des Hamburger Zwei-Säulen-Modells wie Inklusion, Abschulungen und fehlende Ausbildungsplätze abgewälzt werden", erklärt Sabine Boeddinghaus, schul- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion. „Die Integration der Flüchtlingskinder muss eine Gemeinschaftsaufgabe sein. Das Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes verbietet, dass diese Aufgabe nur einem Teil der Schulen und einem Teil der Stadt zugewiesen wird. Das ist nicht nur unsozial und ungerecht, sondern es spaltet die Stadt noch mehr."

Die Linke fordert eine sozial gerechte und integrierende Flüchtlingskinderbeschulung: „Wenn die Bundesregierung – und damit auch CDU und SPD – in der EU von den anderen Mitgliedsstaaten Solidarität bei der Aufnahme der Geflüchteten fordern, dann muss das auch für die Schulen in Hamburg gelten", so Boeddinghaus. „Gymnasien und Schulen mit einer bevorzugten Schülerschaft dürfen nicht aus der Solidarität bei der Beschulung der Flüchtlingskinder entlassen werden."

http://www.linksfraktion-hamburg.de

Gesundheit ist Menschenrecht, Barrierefreiheit ist Gesetz! HAMBURG. Das Projekt „Barrierefreie Arztpraxen" von KISS Hamburg und der Patienten-Initiative e.V. hat einen Kriterienkatalog für den barrierefreien Zugang zu Ärzt_innen entwickelt und eine darauf basierende App vorgestellt. Nach wie vor ist allerdings der größte Teil der Praxen in Hamburg immer noch nicht für alle Menschen zugänglich.

„Das Recht auf Gesundheit ist Menschenrecht, es gilt für Alle. Gesetzliche Vorgaben dazu gibt es bereits, sie müssen aber auch flächendeckend umgesetzt werden", erklärt dazu Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Erfreulich ist allerdings, dass durch das Projekt bereits eine stärkere Sensibilisierung in der Bevölkerung und auch bei Ärzt_innen stattgefunden hat und einige Praxen bereits barrierefreier wurden. Der Zulassungsausschuss muss allerdings dafür Sorge tragen, dass bei der Neubesetzung von Kassensitzen der Zugang zur Gesundheitsversorgung

auf die Belange von Menschen mit Behinderung angepasst wird. Denn alle Menschen müssen eine freie Ärzt_innenwahl haben, so steht es im Sozialgesetzbuch."...
http://www.linksfraktion-hamburg.de

Keine lagermäßige Unterbringung von Geflüchteten: Essen. Die Ratsfraktion Die Linke erinnert daran, dass sie nur der Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Geflüchtete auf dem Gelände des ehemaligen Kutels zugestimmt hat. Für eine dauerhafte Unterbringung von Menschen ist der Ort völlig ungeeignet.

„Wir lehnen die Pläne der Landesregierung zur lagermäßigen Unterbringung von Geflüchteten über viele Monate grundsätzlich ab", so Gabriele Giesecke, Fraktionsvorsitzende Die Linke im Rat der Stadt. „Im Gegensatz zu einer Erstaufnahmeeinrichtung, in der die Menschen nur eine kurze Zeit verbringen, sollen sie jetzt über viele Monate in zentralen Einrichtungen isoliert werden. Das ist unmenschlich. Geflüchtete werden so von der Unterstützung der Zivilgesellschaft abgeschnitten. Ihre Kinder sind nicht schulpflichtig und sie haben Schwierigkeiten z.B. ihre Rechtsanwälte zu erreichen. Wir fordern von der Landesregierung an der bisherigen Praxis der Verteilung Geflüchteter auf die Kommunen festzuhalten." Mögliche Überlegungen der Landesregierung, die Erstaufnahmeeinrichtung im Essener Süden zur längeren Unterbringung zu nutzen, sollten schnell wieder in der Mottenkiste verschwinden. Die EAE liegt isoliert im Landschaftsschutzgebiet, die Anbindung an den ÖPNV ist mangelhaft und die bauliche Situation ist nicht auf eine Dauerunterbringung ausgerichtet. Die linke Ratsfraktion begrüßt es, dass der Rat der Stadt sich im Juni mit dem Thema beschäftigen wird und erwartet eine klare Absage des Rates an solche Gedankenspiele.
https://www.linksfraktion-essen.de

Land streicht europäische Fördermittel für Köln – Wichtige Projekte für Zuwanderer aus Südosteuropa vor dem Aus. Auf der Sozialausschusssitzung morgen informiert die Verwaltung über die Umleitung von ESF-Fördermitteln durch das Land NRW. Die Stadt hatte fest mit der Weiterführung und Ausweitung des Projekts „Willkommen und Ankommen in Köln" bis Ende 2020 gerechnet. 2017/18 hatte sie über eine Mio. Euro aus EU-Geldern erhalten. Jetzt wird am 1.1.2019 Schluss sein. Das empört den Fraktionsvorsitzenden

Fortsetzung Seite 19

Einladung zur Fachtagung „Flucht, Asyl, Migration":

Liebe Mitglieder der Linken Baden-Württemberg, liebe Freundinnen und Freunde,

Der letzte Landesparteitag der Linken am 25./26.11.2017 hatte beschlossen, zu den Themen „Flucht, Asyl, Migration" eine Fachtagung durchzuführen. Wir wollen diese Fragen, auch der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Linken, in Ruhe, fundiert, auf die praktischen politischen Herausforderungen in Baden-Württemberg bezogen und gemeinsam mit denjenigen, die tagtäglich sich für die Geflohenen und für MigrantInnen einsetzen, weiter klären.

Diese Fachtagung wird nun am Samstag, den 26. Mai 2018 in Mannheim, 11 bis 17.30 Uhr stattfinden.

ReferentInnen und Referenten aus der Flüchtlingsarbeit haben ebenso zugesagt, wie GenossInnen und Genossen der Linken Baden-Württemberg, die sich in Gemeinderäten, im Bundestag und in der Politik vor Ort sachkundig mit diesen Fragen beschäftigen.
Jetzt möchten wir auch Euch gewinnen, an dieser Fachtagung teilzunehmen und Eure Erfahrungen einzubringen. Die ausführliche Einladung mit allen Informationen findet Ihr im Anhang.
Die Tagung haben wir in drei Abschnitte gegliedert:

Ein knappes Einleitungsplenum (eine Stunde) mit ersten Inputbeiträgen:

- Gökay Akbulut, MdB Die Linke, Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion
- Michel Brandt, MdB Die Linke, Obmann im Menschenrechtsausschuss: „Flucht- und Migrationsursachen und unser Kampf um Frieden und Menschenrechte"
- Ruhan Karakul, Rechtsanwältin, Betroffenenvertreterin Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband: „Rechtsstellung von Migrant*innen"
- Christoph Cornides, Mitglied des Landesvorstands Die Linke.BW: „Einwanderung im Koalitionsvertrag der CDU/SPD-Regierung – bestimmt von Restriktion, Sanktion, Abschiebung und Schließung der Außengrenzen der EU"

Zwei parallele Foren (jeweils drei Stunden, unterbrochen von der Mittagspause) mit jeweils kurzen Inputs und mit ausreichend Raum für Beiträge der Teilnehmenden und Diskussion:

FORUM 1 – Die SITUATION DER GEFLÜCHTETEN UND ASYLSUCHENDEN

Erste Inputs:
- Seán McGinley, Flüchtlingsrat Baden Württemberg: „Situation in Ba-Wü und Forderungen des Flüchtlingsrates"
- NN: „Aktuelle Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Ba-Wü"
- Clara Bünger, ehem. Koordinatorin für „refugee law clinics abroad" in Griechenland, Mitarbeiterin Büro Gökay Akbulut: „Entwicklungen des Europäischen Asylsystems, Situation Geflüchteter an der EU-Außengrenze in Griechenland"

FORUM 2 – EINWANDERUNG IN DEUTSCHLAND

Erste Inputs:
- Gökay Akbulut: „Von gleichberechtigter Teilhabe am Erwerbsleben sind Migrant*innen weit entfernt"
- Dr. Sabine Skubsch, Sprecherin LAG Bildung Die Linke.BW: „Bildungspolitik für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft"
- Luigi Pantisano, Stadtrat Stuttgart Fraktion SÖS Linke PluS: „Wohnungspolitik unter dem Blickwinkel der Migration"

Den Abschluss bildet
- eine moderierte Podiumsdiskussion mit Fragen und kurzen Beiträgen der Teilnehmenden, in der die Ergebnisse der Foren vorgestellt, und die Konsequenzen für die Kommunalwahlen 2019 in Baden-Württemberg gezogen werden: „Eckpunkte für ein solidarisches Einwanderungsland. Ausblick Kommunalwahl 2019"

Zur Vorbereitung werden O**nline-Materialien** bereit gestellt. Wer sich per Email anmeldet, erhält den Link zu den Materialen.

Die Ergebnisse der Fachtagung sollen in einem Reader bzw. einer Ergebnisbroschüre veröffentlicht werden.

Also bitte gleich anmelden: **ANMELDUNG:** Bis 17. Mai 2018 bei Regionalbüro Die Linke, Mannheim T6, 37 | 68161 Mannheim 0621 12508899 |
- **E-Mail** Christoph.Cornides@die-linke-bw.de
- BITTE TEILNAHME AN FORUM 1 ODER FORUM 2 ANGEBEN

Mit solidarischen Grüßen, i.A. des Landesvorstandes. Christoph Cornides

der Linken Jörg Detjen: „Mit dem Geld werden hauptsächlich Menschen aus Rumänien und Bulgarien beraten und in Arbeit vermittelt. Diese Menschen wünschen sich nichts sehnlicher, als Geld für sich und ihre Familien zu verdienen und sich hier eine Zukunft aufzubauen. Das Projekt war sehr erfolgreich darin, gerade das zu unterstützen und zu helfen. Nach dem Kahlschlag der Beratung werden noch mehr dieser Menschen auf der Straße landen und betteln."

In dem Projekt wurden in den Jahren 2014 bis 2016 zehntausend Beratungsgespräche geführt. Fast hundert Menschen wurden dadurch jährlich in Arbeit vermittelt. Seit 1.1.2017 waren es bereits 244.

Jörg Detjen versteht die Entscheidung nicht: „Die Gewerkschaften, Sozialarbeiter und die Polizei haben dieses Projekt unterstützt, weil es den Menschen geholfen hat, sich hier zu integrieren und die Verelendung im öffentlichen Raum aufgehalten hat. Auch die Verwaltung hat die Maßnahme als wirksam bezeichnet. Ohne Not zerstört die Landesregierung hier gute Sozialarbeit."

Ratsmitglied Güldane Tokyürek erklärt: „Auch im Integrationsrat wurde die Streichung heftig kritisiert. Hier fallen Strukturen weg, die danach irgendwann langwierig und mühsam wieder aufgebaut werden müssen. Denn der Zuzug aus Südosteuropa wird anhalten. Diese Menschen brauchen Unterstützung bei ihrem Weg in den Arbeitsmarkt, sonst finden sie keinen Zugang. Damit schafft die Landesregierung riesengroße soziale Probleme."

http://www.kopofo-nrw.de

Die Linke für flächendeckende Gesundheitsversorgung: Aachen. Mit dem diesjährigen Weltgesundheitstag am 7. April möchte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Zeichen für „Flächendeckende Gesundheitsversorgung" setzen. Noch immer haben über die Hälfte der Weltbevölkerung keinen umfassenden Zugang zu essenziellen Gesundheitsdienstleistungen. Auch in Deutschland wird der Zugang zu ärztlicher Versorgung, besonders in ländlichen Regionen, zunehmend erschwert. Privatisierung von Krankenhäusern und profitorientierte, marktförmige Gesundheitspolitik gefährden die wohnortnahe Gesundheitsversorgung. „Es ist Aufgabe der Politik, eine öffentliche Krankenhausplanung und -finanzierung sicherzustellen, die sich am Bedarf der Mehrheit und nicht an finanziellen Gewinnen orientiert", so Vanessa Heeß, Sprecherin Die Linke in der Städteregion Aachen.

https://dielinke-aachen.de

Die Linksfraktion macht in den Stadtteilen „Mut gegen Armut"

Miriam Crass, Hamburg*

Eigentlich geht es Hamburg doch gut: die Wirtschaft wächst, die Steuern sprudeln. Aber trotzdem – die soziale Spaltung in der Stadt wird immer größer. Von Armut betroffen sind vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und Migrant_innen. Mehr noch: Jedes vierte Kind wächst in Hamburg in Armut auf und fast 17 Prozent der Rentner_innen gelten als arm. Weil die Rente nicht reicht, müssen viele von ihnen weiter arbeiten: Seit 2003 ist die Zahl der Senior_innen mit Minijob um 67 Prozent gestiegen. Und: Armut verteilt sich in Hamburg regional sehr unterschiedlich. Neben Stadtteilen mit einem sehr hohen Durchschnittseinkommen gibt es solche, in denen sich Armut, Sozialhilfebezug und schlechte Wohnverhältnisse konzentrieren. So müssen in Nienstedten nur etwa 0,5 Prozent der Kinder von Mindestsicherung leben und in Blankenese 0,7 Prozent – in Billstedt ist diese Quote etwa 63-mal so hoch.

Die Viertel, in denen arme Hamburger_innen leben, sind auch die am stärksten lärm- und schadstoffbelasteten mit weniger Infrastruktur und einer schlechteren Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel kümmert sich in Othmarschen ein_e Kinderärzt_in um 995 Kinder, in Jenfeld dagegen um 4.937 – fünfmal so viel. Im Stadtteil Eimsbüttel gibt es 36 Frauenärzt_innen, in Steilshoop gar keine.

Um mit Betroffenen, Engagierten und Initiativen über diese Missstände zu diskutieren, geht die Fraktion Die Linke seit letztem Herbst mit ihrer Veranstaltungsreihe „Mut gegen Armut" in die Stadtteile. Dabei zeigt sich: Es gibt viel zu bereden! Seit November letzten Jahres haben mehrere hundert Hamburger_innen zehn Veranstaltungen der Reihe besucht und die unterschiedlichen Aspekte und Auswirkungen von Armut in Hamburg diskutiert: Wie zeigt sich Armut von Kindern und Jugendlichen in Steilshoop? Wie wohnt es sich in Eidelstedt? Wie gelingt gute Integration in Eppendorf? Wo ist der politische Handlungsbedarf besonders groß? Welche Konzepte zur Bekämpfung von Altersarmut gibt es? Wie gelingt eine gute Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen?

Unter dem Motto „Soziale Infrastruktur – was brauchen wir im Stadtteil" lud die Linksfraktion zum Beispiel Anwohner_innen und Vertreter_innen sozialer Einrichtungen in Billstedt ein. Statt Spielhallen und Shisha-Bars braucht es Angebote für Kinder und Jugendliche, Übungsräume sowie freie Räume für Meinungsaustausch und Mitgestaltung, so der Tenor des Publikums. Jugendliche müssen weit fahren oder treffen sich im Billstedt-Center, weil es an Angeboten fehlt. Hier gilt aber: Wer nicht konsumiert, muss gehen. Zwar habe es keine direkten finanziellen Kürzungen gegeben, so die Podiumsgäste, aber die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen sei an die laufenden Kosten in den letzten zwanzig Jahren nicht angepasst worden. Konkret bedeutet dies dann doch Personalmangel in den Einrichtungen und weniger Geld für Honorare. So haben die meisten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit weniger als zwei Vollzeitstellen, viele sogar weniger als eine.

Zum Ende der Veranstaltungsreihe kehrt die Fraktion am 23. Mai zu einem Fachtag zurück ins Rathaus, um die Ergebnisse zusammenzuführen. Ziel ist es, Eckpunkte für ein Armutsbekämpfungsprogramm für Hamburg zu formulieren.

Mehr Informationen dazu unter www.linksfraktion-hamburg.de/event/mut-gegen-armut-politische-perspektiven-fuer-ein-sozialeres-hamburg-fachtag/

* Dieser Artikel ist mit freundlicher Genehmigung entnommen aus dem BürgerInnenbrief der Abgeordneten Heike Sudmann und Christiane Schneider. **http://www.linksfraktion-hamburg.de/?s=B%C3%BCrgerInnenbrief**

DOK: Verdi – Tarifeinigung erzielt

Im Durchschnitt 7,5 Prozent Lohnerhöhung bei 30 Monaten Laufzeit, darauf haben sich die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes in Potsdam verständigt. Verhandlungsführer Frank Bsirske sprach vom „besten Ergebnis seit vielen Jahren“. Besonders hohe Zuwächse habe man in den Bereichen vereinbaren können, in denen der öffentliche Dienst die größten Personalgewinnungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt hat: Bei Fach- und Führungskräften, Technikern, Ingenieuren, IT-Fachleuten und bei den sozialen Berufen, betonte Bsirske.

Frank Bsirske hob hervor, dass es zugleich gelungen sei, auch für Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen einen deutlichen Sprung nach oben zu sichern. Bsirske: „100 Euro mehr an Ausbildungsvergütung und eine Anhebung der Löhne um durchschnittlich 10 Prozent bei Beschäftigungsbeginn. Dies erhöht die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Das ist wichtig, weil alle Bürgerinnen und Bürger auf einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst angewiesen sind.“

Die Warnstreiks von 220 000 Beschäftigten in den letzten Tagen hätten dazu beigetragen, dass jetzt ein Durchbruch erzielt werden konnte, unterstrich der Verdi-Vorsitzende. Er begrüßte zugleich, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer in den Verhandlungen die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten zugesagt habe.

Die Verdi-Bundestarifkommission des öffentlichen Dienstes hat das vorliegende Verhandlungsergebnis zur Annahme empfohlen. Im nächsten Schritt findet in Betrieben und Verwaltungen die Mitgliederbefragung statt.

Am 22.3.18 legten mehr als 3.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in München ihre Arbeit nieder. Foto: Werner Bachmeier

Zentrale Ergebnisse im Überblick

- 7,5 % mehr Geld in drei Schritten bei 30 Monaten Laufzeit
- Zusätzlich 250 Euro Einmalzahlung für die Entgeltgruppen 1 bis 6
- Auszubildende: 2 mal 50 Euro mehr, 1 Tag mehr Urlaub und Verlängerung der Übernahmeregelung
- Tarifierung betrieblich-schulischer Ausbildung im Gesundheitsbereich
- Verlängerung der Altersteilzeitregelung
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern
- Angleichung Jahressonderzahlung Ost in 4 Schritten

https://wir-sind-es-wert.verdi.de

DOK: Blick in die Presse

ROSI STEFFENS, LANGEN

„Der Abschluss ist zu hoch“. Öffentlicher-Dienst-Info, Do., 19.4.18. – Oberbürgermeister von Lüneburg, U. Mägde (SPD): „Viele Bürgerinnen und Bürger werden das bei den Gebühren merken. Insofern kann ich die Begeisterung nicht nachvollziehen.“

Der Tarifabschluss ist eine Antwort auf komplexe Fragen. Wirtschaftswoche, Do., 19.4.18. – „Für den Verdi-Chef ist es der letzte Tarifabschluss, den er für Bund und Kommunen verhandelt hat, bevor der Gewerkschaftstag im kommenden Jahr über seine Nachfolge entscheidet. Bsirske und seine Verhandlungspartner auf beiden Seiten des Tisches haben erneut gezeigt, dass Tarifpolitik auch Antworten auf komplexe Fragen geben kann, mit denen alle leben können. Trotzdem ist es zum Abschluss kein Meisterstück geworden. Denn gerade für seine Hauptklientel in den unteren Einkommensgruppen hat der Verdi-Chef dann doch deutlich weniger herausgeholt als erhofft.“

Strukturelle Verbesserungen für die Beschäftigten. Pressemitteilung des Bundesministerium des Innern, Mi., 18.4.18. – Bundesinnenminister Horst Seehofer sagte als Verhandlungsführer der Arbeitgeber: „... Wir freuen uns insbesondere, dass wir zielgerichtete Entgeltsteigerungen vereinbaren konnten, um den öffentlichen Dienst noch attraktiver zu machen. Ein Schwerpunkt ist, dass wir die Einstiegsgehälter in allen Entgeltgruppen bis 2020 um 10% anheben. Außerdem steigern wir unsere Attraktivität für Fachkräfte und auch für die unteren Entgeltgruppen, für die wir eine soziale Komponente vorsehen. Alle Beschäftigten haben ein Plus von mindestens 6,8%, für viele ist die Steigerung höher. Mit der Erhöhung der Entgelte geht eine ganz erhebliche Verbesserung der Struktur der Entgelttabelle einher, sie wird transparenter und gerechter. Die Vereinbarung gilt für eine lange Laufzeit von 30 Monaten, ... das heißt auch: 30 Monate sozialer Frieden.

Die Attraktivität kommunaler Arbeitsplätze soll erhöht werden. Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Die., 17.04.18. – „Die Verhandlungen in diesem Jahr kann man als außerordentlich intensiv bezeichnen. Wir sind froh, eine Einigung gefunden zu haben. Insgesamt ist der vereinbarte Kompromiss für uns akzeptabel“, so VKA-Präsident Dr. Th. Böhle. „Wir haben gesagt, dass wir den öffentlichen Dienst zukunftsfähig machen wollen, indem wir die Arbeit der Beschäftigten angemessen honorieren und zugleich die Bezahlung der Fach- und Führungskräfte verbessern. Das ist uns mit diesem Ergebnis gelungen. Es profitieren beide Seiten davon.“

Einigung im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes. Dazu der Vorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger: „Arbeitskämpfe haben Wirkung. Die harte Haltung der Arbeitgeberseite hat gezeigt, dass der massive Druck der Vielen nötig ist, um bessere Löhne zu bekommen. Die Beschäftigten haben erfolgreich für mehr Lohngerechtigkeit gekämpft und können dieses und nächstes Jahr mit guten Erhöhungen rechnen. Im dritten Jahr fällt diese aber zu dürftig aus. Die Laufzeit von 30 Monaten für den Abschluss ist zu lang. Der von Verdi geforderte Mindestbetrag von 200 Euro für die unteren Lohngruppen bleibt aus – die Arbeitgeberseite ist offenkundig nicht bereit, ein Signal für mehr Lohngerechtigkeit an alle Beschäftigten zu senden, wenn sie ausgerechnet die geringen Einkommen nicht aufwertet.“

Der Liberals international day Erliegt die FDP der rechts-populistischen Versuchung ?

Johannes Kakoures, München

Das Aufkommen nationalistischer Bewegungen ist nicht nur für die politische Linke ein Problem. Auch für die Liberalen, die sich jahrelang als Vorkämpfer der Globalisierung verstanden haben, ist dieses Phänomen trotz schräger Töne in der EU- und Flüchtlingspolitik programmatisch und ideologisch nicht einfach zu verarbeiten. Ob die FDP der Versuchung erliegt, einen rechtspopulistischen/nationalliberalen Weg nach Vorbild der österreichischen FPÖ einzuschlagen oder ob sie bei einem vernunftbetonten Auftreten bleibt, wird eine der spannenden Frage der nächsten Jahre. Grund genug sich einmal den „Liberal International Day" unter dem Motto „I want my country back! – Region, Nation, Union im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Identitätssuche" anzuschauen.

Niemand weiß, was Heimat ist

Dr. Karl-Heinz Paque, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung warf dann zu Anfang auch die Frage auf, ob die Globalisierung selbst gescheitert sei. Noch vor 10 bis 15 Jahren sei diese Frage absurd gewesen, da man eine ständige Zunahme des internationalen Handels und enorme Erfolge im Kampf gegen Armut und Hunger weltweit erzielt habe, insbesondere im Vergleich zur ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Bereits Ralf Dahrendorf habe vor 30 Jahren darauf hingewiesen, dass die Globalisierung ein schwieriger Weg werde, da sie Identitäten in Fragen stelle. Manfred Eisenbach, Vorsitzender der „Gesellschaft für die Freiheit" wies darauf hin, dass viele momentan den Begriff „Heimat" verwendeten, aber eigentlich keiner wisse, was das sei. In seiner Heimat werde das „christliche Abendland" auch von Menschen verteidigt, die sich schwer tun würden, die Zehn Gebote aufzuzählen.

Globalisierung und Regionalisierung Hand in Hand?

Nadja Hirsch, Europaabgeordnete der FDP, wies darauf hin, dass der Nationalstaat nichts Gottgegebenes sei. Historisch habe man sich früher anhand von Fürsten oder Religionen gruppiert und auch die derzeitigen großen Nationalstaaten seien mitnichten etwas Homogenes. So habe etwa Bayern eher Gemeinsamkeiten – auch gemeinsam zu lösende Probleme, etwa in den Alpen – mit Österreich, während Schleswig-Holstein in vielen Fragen mit Dänemark kooperieren müsse. Das steigende Interesse und Angebot an regionalen Produkten, nicht nur Lebensmittel, sondern immer mehr auch Bekleidung, zeige, dass Regionalismus und Globalisierung kein Gegensatz seien.

„Umverteilung ist eine Voraussetzung der Marktwirtschaft"

Hauptredner war der ehemalige Schweizer Bundesrat Kaspar Villiger. Sein Thema war die Frage ob der „Nationalstaat – ein überlebtes Relikt oder unverzichtbarer Hort erfolgreicher Sozialmodelle" sei. Er untermauerte zunächst den Erfolg der Globalisierung. So sei es der Menschheit wahrscheinlich noch nie so gut gegangen wie heute. Nach Jahrtausenden in denen sich das Wirtschaftswachstum meist um Null eingependelt hat und Krieg, Armut und Krankheit eine Konstante für die Mehrheit der Bevölkerung waren, habe die „Freiheit der Ideen" vor 200 Jahren auch für eine „Explosion" bei Handel und Wohlstand gesorgt.

Er sehe vier Variablen für den Erfolg eines Sozialmodells, nämlich den Menschen, die Institutionen, die Kultur, verstanden als gemeinsame Werte und Überzeugungen aus denen eine gewisse Praxis entstehe, und den Zufall. Beim Menschen sei seine Doppelnatur zu berücksichtigen, die jeden einzelnen zum unverwechselbaren Individuum mache, jedoch auch immer zum Mitglied von Kollektiven, ohne die man nicht leben könne. Der Mensch sei sowohl Egoist wie auch Altruist. Die Institutionen hätten daher die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich das Individuum entwickeln könne und gleichzeitig das eigene Bestehen zu sichern, indem Grenzen dort auferlegt, wo das Individuum, die Freiheit anderer Individuen verletze. Letztlich müssten die Menschen kooperieren und es müsse Vertrauen herrschen, da dies die Transaktionskosten senke. Es gäbe eine erste Studie, die einen Zusammenhang zwischen dem vorhandenen Maß an Ehrlichkeit in einer Gesellschaft und dem Pro-Kopf-Einkommen nachweise. Liberale täten sich immer dann schwer, wenn der Staat als Selbstzweck begriffen werde, etwa in der Demonstration einer ethischen Überlegenheit. Aufgabe des Staates sei vielmehr dafür zu sorgen, dass Menschen in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben können. Dabei sei insbesondere auch Wohlstand wichtig, da nur wer hinreichend abgesichert sei, auch ein Mindestmaß an Freiheit habe. Wohlstand sei das, was die Demokratie attraktiv mache. Der Wohlstand schaffe jedoch auch Ungleichheiten, die wiederum Neidgefühle hervorufe und ab einem bestimmten Maß eine Inakzeptanz der Gesellschaftsordnung an sich brächten. Die „Umverteilung ist daher eine Voraussetzung der Marktwirtschaft".

Der Nationalstaat werde derzeit vor allem aus zwei Gründen angegriffen. So seien die Staaten mittlerweile so in internationale Beziehungen verflochten, dass dies wie Fremdbestimmung aussehen könne. Dies wiederum schaffe Raum für völkische Vorstellungen. Richtig sei, dass die Institutionen des Rechtsstaates notwendig immer an einen bestimmten Raum gebunden seien und sich die Geborgenheit und Mitgefühl für den Mitbürger nicht im grenzenlosen Raum verwirklichen lasse.

Hoffnung mache ihm, dass die Flüchtlingsströme schon auch ein Zeichen dafür seien, dass Wohlstand, Rechtsstaat und Demokratie nach wie vor eine hohe Anziehungskraft hätten.

„Ein beständiges – vielleicht ein Grundeinkommen"

Robert Falkner von der London School of Economics sprach ebenfalls davon, dass die Krise des Liberalismus eine Krise der Globalisierung sei. Grundsätzlich sei die Globalisierung richtig, dass sie zu einem Mehr an Wachstum und Lebenschancen geführt hätte. Man müsse sich aber die Fragestellen, ob die Vorteile allen Bevölkerungsgruppen in den entwickelten Ländern zu Gute kommen. Die Brexit-Entscheidung sei eindeutig eine „Anti-Elitenwahl" gewesen. Die Antwort sei nicht einfach „Mehr Globalisierung wagen". Grundsätzlich habe der „Liberalismus immer ein Problem mit einer Politik der Identität". Er stehe für Rationalität, Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz und gehe von einem planvoll handelnden, eigenständigen Menschen aus. Dies sei für viele nicht realistisch und ein viel zu anspruchsvolles, anthropologisches Menschenbild. Ferner habe der Liberalismus ein gestörtes Verhältnis zum Nationalismus. Dieser erscheine vielen antiquiert. Dennoch dürfe man nicht vergessen, dass der Liberalismus seine Wurzeln

eben auch in der Geschichte der Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts habe, der rechtsstaatliche Bindungen in und durch die Nation schaffen wollte. Bereits Dahrendorf habe davon gesprochen, dass eine Gesellschaft von „Lebenschancen und Ligaturen“ lebe. Die Liberalen hätten sich mit den Lebenschancen immer einfacher getan als mit den Bindungen. Man brauche neue Antworten für die Verlierer der Globalisierung. In Zeiten von Prekarität und Unsicherheit sei ein „beständiges, vielleicht ein Grundeinkommen“ notwendig.

Von Orbans Ungarn nach Katalonien?

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde der Blick auf einzelne Staaten gerichtet, in denen isolationistische oder nationalistische Bewegungen besonders erfolgreich sind.

So berichtete Christophe Arend, der für La Republique en Marche in der französischen Nationalversammlung sitzt, von seinen Kämpfen gegen den Front National. Er erinnerte daran, dass Lothringen seit 1791 ständig zwischen Frankreich und Deutschland hin und her gewechselt wurde. Man habe es schlicht versäumt, den Menschen zu erklären, was die EU gebracht habe und bringen könne.

Dr. Svent-Ivanyi führte das Erstarken von Viktor Orban in Ungarn vor allem auf eine große Enttäuschung nach der Wende zurück. Man dürfe nicht vergessen, dass die Visegrád-Staaten nach den Ereignissen 1989/90 viel stärkere Reformen durchgeführt haben als der Westen.

Marie Kapretz, ehemalige Vertreterin der Regierung von Katalonien in Deutschland, erklärte, dass sie sich mit der Einladung zunächst schwer getan habe, da die katalonische Bewegung auf keinen Fall mit Orban in Zusammenhang gebracht werden wolle. Die katalonische Bewegung sei gerade nicht gegen Eliten gerichtet und immer proeuropäisch gewesen. Zudem würden sich die Katalanen nicht als ethnisch definierte Nation verstehen.

Wie meist: Die Fragen bleiben offen

Die Liberalen bleiben wohl gespalten. Viele Äußerungen wiesen darauf hin, dass eine ethnische Beschränkung der Idee eines freien Welthandels entgegen gesetzt ist und man sich gerne weiterhin als die Kraft der Vernunft verstehen will, was einfache Antworten, wie sie von nationalistischen Ideologien notwendig vertreten werden, eigentlich ausschließt. Auf der anderen Seite würde man auch gerne „eingebunden“ sein, weiß aber wohl nicht so recht in was. Es bleibt interessant.

DOK: Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

REDAKTIONSNOTIZEN • ZUSAMMENFASSUNG: ROSEMARIE STEFFENS, Langen, Hessen

„Signale, die man nicht überhören darf“. Auszüge aus einem Interview mit Josef Schuster, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, Deutschlandfunk, 20.4.18: „Der Antisemitismus … wie wir ihn im Moment erleben, ist etwas, was ich mir vor zehn Jahren in Albträumen nicht habe träumen lassen … eine rote Linie hat sich offensichtlich verschoben. Wenn es zu tätlichen Angriffen auf Menschen kommt, nur deshalb, weil sie eine Kippa tragen, dann ist das für mich unvorstellbar … Auf die Frage, ob Antisemitismus vor allem durch Migration ins Land getragen werde, antwortet er: „Wir dürfen … nicht vergessen, dass über viele Jahre … 20 Prozent der deutschen Bevölkerung antijüdische Ressentiments hat. Das heißt, Antisemitismus nur auf das Thema Migration zurückzuführen, ist ebenso falsch wie zu sagen, dass er sich nur in der politisch extrem Rechten findet. „Sie erleben immer wieder Stereotypen, die man meinte, dass sie nach dem Dritten Reich vergessen waren …, die jüdische Weltverschwörung, Judentum und das Geld, heute auch in ganz normalen Gesprächen plötzlich wieder auftauchen.“ Auf die Frage nach dem Aufschrei der Gesellschaft nach der Echo-Vergabe an die Gangsta-Rapper wegen antisemitischer Texte und bei der Attacke auf zwei Kippa tragende Männer am Prenzlauer Berg antwortete er: „Ich habe das Gefühl, dass sich doch eine gewisse Sensibilität entwickelt hat … Auf der anderen Seite …, das ist schon eine „neue“ Qualität des Antisemitismus …“.

Stadt Wetzlar bleibt straflos. Alle Instanzen hatten entschieden, dass die Nutzung der Halle der NPD durch die Stadt zu gewähren sei. Das BVerfG forderte den zuständigen Regierungspräsidenten Dr. C. Ullrich (CDU) auf, „den Vorfall aufzuklären, notwendige aufsichtsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen und das Gericht unverzüglich davon zu unterrichten“. Ullrich teilte dem BVerfG mit, aus Sicht der Kommunalaufsicht habe die Stadt den Beschluss des BVerfG nicht willentlich missachtet. Vielmehr hätten sich die handelnden Personen in einem Dilemma befunden. Sie hätten sich zum einen an den rechtlich bindenden BVerfG-Beschluss halten wollen. Zum Anderen habe die Stadt eine berechtigte Sorge um den Schutz der Besucher während der NPD-Veranstaltung wegen des fehlenden Nachweises einer Haftpflichtversicherung und eines ausreichenden Sanitätsdienstes glaubhaft dargestellt. Das festgesetzte Zwangsgeld wird nicht verhängt.

Quelle: Legal Tribune online, 13.4.18

Neuer hessischer NPD-Vorsitzender vernetzt rechte Kameradschaften. Der neue hessische NPD-Vorsitzende Daniel Lachmann dürfte v. a. darauf setzen, NPD-Hochburgen wie den Lahn-Dill-Kreis und die Wetterau zu stärken und Zusammenarbeit mit der militanten Neonazi-Szene auszubauen. Das Ende März in Wetzlar geplante und nach Leun verlegte Rechtsrock-Konzert war ein deutliches Angebot an Neonazis aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene gewesen.

FR, 11.4.18

AfD im Landtag – Wir sagen Nein! Der Einzug der AfD am 28.10.18 in den hessischen Landtag soll verhindert werden, dazu hat sich ein Bündnis aus Vertretungen von Gewerkschaften, Vereinen und Parteien gebildet und über vierhundert Personen haben bereits einen Aufruf gegen die AfD unterzeichnet. „Ziel ist es, diejenigen, die für Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen, mit diesem Aufruf sichtbar zu machen. „Eine Partei, die Neofaschisten und Antisemiten in ihren Reihen duldet und deren Rassismus die Gesellschaft spaltet, hat im Hessischen Landtag nichts zu suchen. (…)“ Der Aufruf soll der Startschuss zu einer Kampagne sein, die sich bis zur Landtagswahl mit der AfD auseinandersetzt.

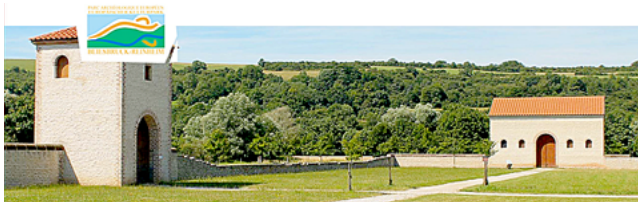
Kann unter der Webadresse www.keine-afd-im-landtag.de online unterzeichnet werden.

Das Kreuz als verlängerter Arm der Politik. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder ließ sein Kabinett beschließen, dass im Eingangsbereich der Behörden des Freistaates ab 1. Juni ein Kreuz hängen muss. Das Anbringen des Kreuzes in der Staatskanzlei vollbrachte der Ministerpräsidenten persönlich, das war Fernsehen war eingeladen. Neben Kritik aus den Parteien, die auf den Missbrauch des religiösen Symbols für Wahlkampfzwecke abheben, kritisieren Laienkreise die Verletzung der Neutralitätspflicht der Behörden in Bekenntnisfragen. In den Kirchen ist die Resonanz gemischt. Laut *BR* führt der „Bamberger Erzbischof Ludwig Schick zur Verteidigung der neuen Regelung“ ins Feld, ‚dass „das Kreuz ein Zeichen der Versöhnung, des Friedens und der Solidarität‘ sei ‚Alle Menschen, die das Kreuz anschauen, verpflichten sich, das zu leben und voranzubringen.“ Der Würzburger Hochschulpfarrer Burkhard Hose wird mit der Aussage zitiert: „Das Kreuz tauge nicht als verlängerter Arm einer Politik der Ausgrenzung oder des nationalistischen Egoismus“.

EXKURSION: Archäologie über Grenzen hinweg: Europäischer Kulturpark Bliesbruck-Reinheim

Edda Lechner, Norderstedt

Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag zwischen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle im Pariser Élysée-Palast von 1963 war nicht nur richtungsweisend für ein neues Verhältnis in der Politik der beiden über viele Jahrhunderte verfeindeten Länder, sondern auch für deren Kultur. Dazu gehört das grenzüberschreitende Projekt „Europäischer Kulturpark“ Bliesbruck-Reinheim. Seine Besonderheit ist auf den ersten Blick erkennbar. Tatsächlich liegt dieses kulturhistorische Highlight exakt auf der Grenzlinie zwischen zwei Staaten und führt die Besucher, die das Freilicht-Museum begehen, ohne Pass vom deutschen in das französische Gelände. Auf der offiziellen Feier des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages 2013 wurde es als „Europäischen Kulturpark“ vorgestellt.



Rechts im Bild, auf deutscher Seite, ein Wohnhaus der römischen „Villa“, links das Torhaus, das zum „Vicus“ auf französischer Seite führt.

Im breiten Tal der Blies, einem Nebenfluss der Saar, konnte an zwei Flussschleifen neben dem heutigen Reinheim und Bliesbruck in der fruchtbaren Ebene seit dem Abtauen des Eises vor 10 000 Jahren mehrere früh-steinzeitliche Siedlungen entstehen. In der darauf folgenden Bronze- und Eisenzeit wurde das ertragreiche und verkehrsgünstig gelegene Gebiet ab 800 v.u.Z. von den Kelten in Besitz genommen, die aus Kleinasien kommend quer durch Mitteleuropa bis nach Frankreich zogen. Ihnen folgten um die Zeitenwende die Römer, die schon bald halb Europa beherrschten. Zwischen Reinheim und Bliesbruck siedelten sie neben den Kelten und errichteten dort eine umfangreiche städtische Anlage, den „vicus“: eine großen „Villa“ mit Wirtschaftshof und Wohnungen, ein Handwerkerviertel für Bronzegießer, Bäcker und Lebensmittelhersteller, luxuriöse Thermen für die Reichen, eine komfortablen Brunnenanlage und eine Basilika mit Markt für Handel und Politik. Ab dem 4./5. Jahrhundert n.u.Z. strömten germanische Völker aus dem Norden herbei, um den hier geschaffenen Reichtum und die Ländereien an sich zu reißen, zu siedeln und ihrerseits Handel zu treiben. Dabei wurden natürlich Zerstörungen verursacht, aber nicht alle bisherigen Anwohner vertrieben. Die vorhandene Anlage in Reinheim-Bliesbruck blieb in einfacherer Form aus Holz statt aus Stein erhalten. Ab dem 6. Jahrhundert übernahm die Dynastie der Merowinger hier die militärische Führung, ihre Reichsteilung 561 zwischen Maas und Rhein ging mitten durch das Bliestal. In den nächsten Jahrhunderten entstand aus den Nachfolgern der Merowinger das „Fränkische Reich“. Im Mittelalter regierten viele kleine und große Ritterschaften und Adlige vor Ort, aus der Pfalz, Lothringen und Zweibrücken nebst Erz-/Bischöfen aus Trier und Metz – mal französisch mal deutsch. Erst auf einem napoleonischen Katasterblatt von 1812 ist zu erkennen, dass an den beiden Orten Bliesbruck und Reinheim keine alte antike Anlage mehr existiert.

Die Wiederentdeckung dieser über Jahrtausende bestehenden Siedlungen entlang der Blies begann 1760, als nach einem durch ein schweres Gewitter ausgelöster Erdrutsch dreißig steinerne Grabkisten mit Glasurnen aus römischer Zeit freigab. Aber erst mit der Begeisterung für die klassische Altertumsarchäologie zu Beginn des 19. Jahrhundert wurden solche zufälligen Funde durch bewusste Ausgrabungen fachgerecht ergänzt und untersucht: ab 1828 fand man merowingische Kistengräber, römische Münzen und Säulenteile und mehrere römische Brandgräber mit Urnenbestattungen. 1889 grub man erstmalig systematisch auf dem sogenannten „Heidenhügel“, wo das Hauptgebäude der Römischen „Villa“ gestanden hatte. Neben der Antikenbegeisterung war es vor allem die nationale Gesinnung, die archäologische Laien und Wissenschaftler zum Spaten greifen ließ. Eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gab es nicht. Im Gegenteil: an Rhein und Saar herrschten zwischen den verfeindeten Mächten Frankreich und Deutschland wegen der im Saarland und Elsass-Lothringen entdeckten reichlich vorhandenen Kohle- und Stahlvorkommen schärfste Konkurrenz, weswegen auf beiden Seiten systematisch ein vaterländischer Deutschen- und Franzosen-Hass betrieben wurde.

Die kommenden Jahrzehnte führten schließlich zu den bekannten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten, wobei die jeweiligen Sieger von 1871 und von 1918 das Gebiet von Lothringen und dem Saarland wechselweise an sich rissen. Die Folge: fast sämtliche archäologischen Arbeiten wurden eingestellt. In der Zeit des deutschen Faschismus 1936 und nach dem Zweiten Weltkrieg 1956 fanden Abstimmungen über den Verbleib des Saarlandes statt, mit großer Mehrheit fiel das Gebiet sowohl 1936 als auch 1956 an Deutschland. Auch in dieser Zeit fehlte es an fachwissenschaftlicher Hilfe. Erst als 1952 der Bürgermeister von Reinheim diverse Schädel und Tongefäße entdeckte und 1954 das berühmt gewordene Grab einer „keltischen Fürstin“ in der Sand- und Kiesgrube der Familie Schiel ausgraben ließ, begann eine neue fachliche Arbeit in Reinheim und eine Zusammenarbeit mit der französischen Bliesbrucker Seite.

Die eigentlich erfolgreichen Ausgrabungen begannen erst wieder 1971 mit dem Grabungsfachmann Jean Schaub, dem heute auf dem Gelände eine eigene Gedenkstätte gewidmet ist. Er entdeckte, dass sich in den angelieferten Erdladungen aus einer Sandgrube in Bliesbruck haufenweise antike Gegenstände befanden und organisierte daraufhin mit seinem Team Notgrabungen im „Steinfeld“, dem eigentlichen Kern des Römischen Vicus. Mehrere öffentliche Ausstellungen bewirkten, dass die keltisch-römische Anlage von Reinheim-Bliesbruck nun bei Einheimischen wie Touristen und auf internationaler Ebene große Berühmtheit erlangte. Daraufhin sagten das Französische Ministerium für Kultur und die deutsche Seite 1982 ihre Unterstützung zu und danach wurde 1989 eine deutsch-französische Kommission gebildet. Ab 1993 konnten Sondermittel für den Bau eines Museumspavillons über den wiederentdeckten Thermen verwendet werden. Im letzten Jahr des 20. Jahrhunderts kam es schließlich zu einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem „Saarpfalz Kreis“ und dem „Departement de la Moselle“ mit grenzüberschreitendem Charakter, an dem inzwischen auch die Universitäten Metz, Mainz und Frankfurt sowie andere europäische Länder, wie z.B. die Universität Parma, mitwirkten. So kann die interessierte Öffentlichkeit seit 2012 im „Europäischen Kulturpark“ Bliesbruck-Reinheim eine der größten Einrichtungen der letzen 10 000 Jahre und besonders die der Kelten- und Römerzeit besichtigen. Nach unseren Kenntnis und Erfahrung ist sie die einzige, in der man innerhalb einer antiken Anlage von einem europäischen Land ins andere, vom deutschen ins französische, gehen kann.

Literatur: **Reiseführer „Europäischer Kulturpark Bliesbruck-Reinheim“, IAC Édition d´Art, 2013**
Internet: (auch Abb.:) **https://www.europaeischer-kulturpark.de/**

LEKTÜREBERICHT Branko Milanovic: Die ungleiche Welt

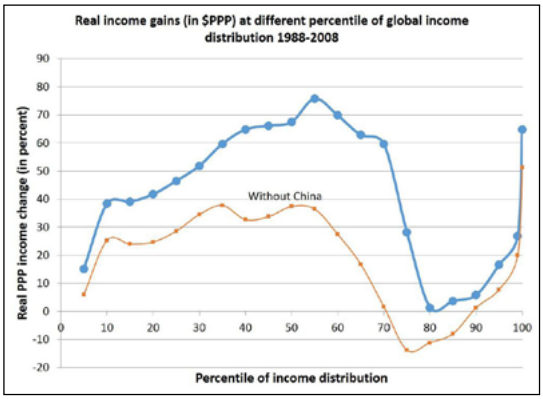
RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Der Verfasser des hier rezensierten Werkes ist in dieser Zeitschrift schon einmal zitiert worden, im Zusammenhang mit der Diskussion um den globalen Freihandel, seine Folgen auf verschiedene Regionen der Erde und auf verschiedene Einkommensmilieus in den Regionen dieser Welt. Der 1953 in Belgrad in Jugoslawien geborene Wirtschaftswissenschaftler zählt zu den weltweit angesehensten Experten auf dem Gebiet der Ungleichheitsforschung und der Forschung über Einkommensverteilung. Er war viele Jahre leitender Ökonom der Forschungsabteilung der Weltbank und ist jetzt als Professor in Luxemburg und New York tätig.

Der Untertitel des Buches macht die drei Anliegen des Verfassers deutlich: „MIGRATION, das EINE PROZENT und die ZUKUNFT der MITTELSCHICHT." Es geht Milanovic um eine Untersuchung der Triebkräfte der internationalen Migrationsbewegungen. Armut und Perspektivlosigkeit sind für ihn noch immer treibende Kräfte dabei. Er ist besorgt über den enormen Wohlstand der reichsten Familien in der Welt, und über die von ihnen ausgehenden Bestrebungen, den, wie er es nennt, „demokratischen Kapitalismus" durch ein plutokratisches System zu ersetzen. Und er macht sich Sorgen über die Zukunft der schwächer werdenden Mittelschicht, sowohl global wie in den einzelnen Staaten.

Milanovic erweitert die heute zumeist innerstaatlich geführte „Ungleichheitsdebatte" um eine globale Perspektive und knüpft dabei in mancher Hinsicht an den französischen Ökonomen Thomas Piketty und dessen Studien zur langfristigen Entwicklung von Ungleichheit an („Das Kapital im 21. Jahrhundert"), ebenso an Überlegungen des US-Philosophen John Rawls und dessen (leider nur innerstaatlich gemeinte) Theorie der Fairness. Als langjähriger Weltbank-Ökonom hat Milanovic Zugang zu einer Fülle von Daten, die in den letzten Jahren in fast allen Ländern der Erde über die Entwicklung von Haushaltseinkommen erhoben worden sind. Zusätzlich verwendet er für seine Vergleiche die „Kaufkraftparitäten" von Weltbank und anderen internationalen Einrichtungen. Dabei werden Einkommen in verschiedenen Ländern nicht nach den zwischen ihnen geltenden Devisenkursen, sondern anhand der tatsächlichen Preisunterschiede für vergleichbare Waren und Warenkörbe verglichen.

Hier noch einmal das Schaubild, mit dem Milanovic darstellt, wie in den 20 Jahren von 1988 bis 2008, also faktisch seit der Auflösung des RGW und der Öffnung Chinas für den Weltmarkt, sich die Realeinkommen aller Haushalte in der Welt, sortiert nach Dezilen bzw. Perzentilen (also Prozenten) des globalen Einkommensniveaus, entwickelt haben. Bis auf das ärmste Zehntel der Weltbevölkerung – zumeist in Afrika – und die unteren Einkommenszonen der westlichen Industriestaaten (das 8. und 9. Dezil in der globalen Einkommensverteilung)



Branko Milanovic, **Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht.** Erschienen im Suhrkamp Verlag Berlin. 312 S., 25 Euro.

haben fast alle Haushalte in diesem Zeitraum, d.h. bis zur Finanzkrise der westlichen Welt in den Jahren 2008/2009, ihr reales Einkommen erhöhen können. Angetrieben wurde diese Entwicklung lange Zeit durch die enormen Einkommenszuwächse in China, später durch das wirtschaftliche Aufholen weiterer Staaten wie Indien, Rußland, Brasilien, Südafrika, Vietnam, Indonesien.

Diese Perspektive erweitert nicht nur den Blick in der Freihandelsdebatte, sie erweitert auch den Blick auf die Geschichte. Milanovic geht wie inzwischen viele Ökonomen auf der Welt davon aus, dass – vorausgesetzt, keine Katastrophen wie Kriege unterbrechen die derzeitigen Trends – etwa im Jahr 2050 der eurasische Kontinent wieder eine Einkommensverteilung erreicht haben wird, wie sie strukturell schon einmal, im 15. und 16. Jahrhundert, bestanden hat, allerdings auf einem sehr viel höheren Einkommensniveau als damals.

Eher „küstennahe" große Regionen wie China, Vietnam, Indonesien, Indien auf dem asiatischen Kontinent werden in etwa gleich hohe Einkommen und Lebensstandards erreicht haben wie Westeuropa und die USA, während die Einkommen von eher „küstenfernen" Regionen wie Rußland, die asiatischen Staaten entlang der „neuen Seidenstraße", aber auch Rumänien, Bulgarien usw. zwar auch gestiegen sein werden, aber weniger als die der „küstennahen" Gebiete.

Dieses Wieder-Aufholen von China, Indien, Vietnam, Indonesien usw. gegenüber Westeuropa und den USA beendet, so Milanovic, eine durch die englische und später angelsächsische Industrialisierung ausgelöste lange Periode der „nordatlantischen" Vorherrschaft Westeuropas und der USA über den Rest der Welt. Sie geht aber – und das ist ein ziemlicher Wermutstropfen – mit einer dramatischen Vertiefung der sozialen Spaltung und der Ungleichheit in allen diesen Ländern einher. Auch diese analysiert und dokumentiert das Buch – und liefert damit wichtige Hinweise für die Gefahren einer Oligarchisierung und einer plutokratischen Entwicklung nicht nur in Rußland, USA, Türkei oder China, wie wir sie jetzt schon beobachten können, sondern auch in vielen anderen Ländern.

Lesenswert ist das Buch auch in anderer Hinsicht. So erweitert Milanovic die klassische und neoklassische ökonomische Theorie, indem er deren begrifflichen „Handwerkskasten" um den Hinweis auf die sog. „Ortsrente" erweitert. „Noch immer ist das Geburtsland eines Kindes der entscheidende Faktor für die Höhe seines zukünftigen Einkommens", stellt schon der Klappentext fest, eine Beobachtung, die man schon bei einer einfachen Wanderung von Bayern über die bayerisch-tschechische Grenze sehen kann, die aber mit den Instrumenten der klassischen und neoklassischen Theorie bis heute nicht erklärt werden kann, aber in jeder Migrationsdebatte mit der Forderung nach Abschottung sofort auf den Tisch kommt.

Milanovic plädiert für eine liberale, weltoffene Migrationspolitik. Er warnt vor der plutokratischen Entwicklung der USA ebenso wie vor der wachsenden Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehenden Abschottung in Europa. Gegen beide Tendenzen hofft er darauf, dass die Mittelschicht Mittel der Gegenwehr findet und damit erfolgreich ist.

Man muss nicht alle seine Vorschläge und Argumente zur Reform des Steuerrechts, des Staatsbürgerrechts oder für eine liberale Migrationspolitik teilen. Aber verglichen mit dem öden Nationalismus in der deutschen Ökonomie, vertreten durch Prof. Sinn und seine Gefolgsleute unter deutschen Wirtschaftsprofessoren, und dem ebenso öden Nationalismus in der Migrationsdebatte – bis hin zu Sahra W. und ihrer Gefolgschaft in der Linken – ist sein Buch erfrischend, anregend und lesenswert.

VERANSTALTUNG: „Ein Thema, das sowohl trennt wie eint“

„100 Jahre Revolution, 100 Jahre Demokratie in Bayern“ – Die „tiefste und positivste Zäsur in der bayerischen Geschichte“.Gemeinsame Veranstaltung von Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Johannes Kakoures, München

Kaum ein anderes Ereignis hat die Welt, zumindest die europäische, so sehr verändert wie der Erste Weltkrieg. Konnte man nach dem Zweiten Weltkrieg auf viele Institutionen der Zwischenkriegszeit, etwa den dann zu den Vereinten Nationen umgewandelten Völkerbund zurückgreifen, fegte der Erste Weltkrieg Dynastien, die den Kontinent über Jahrhunderte beherrscht hatten, von der historischen Bühne und die moderne Staatlichkeit in ihren positiven und sehr negativen Seiten setzte sich durch. In der Arbeiterbewegung zementierte der Große Krieg die Spaltung. Für einen historischen Moment im Zentrum dieses Geschehens war Bayern und insbesondere München. Die Wittelsbacher wurden entmachtet, für kurze Zeit entstand eine Räterepublik, und die spätere Ordnungszelle Bayern hatte einen jüdischen Ministerpräsidenten aus einer Partei links der SPD. Grund genug und doch auch erstaunlich, dass dieses Jubiläum für die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Anlass für eine gemeinsame Veranstaltung war. Im gut gefüllten Großen Saal des Gewerkschaftshauses wurden am 16.4. die Konsequenzen aus „100 Jahre Revolution, 100 Jahre Demokratie in Bayern“ beleuchtet und diskutiert.

RLS und FES gemeinsame Veranstaltung „nicht alltäglich“

Dr. Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der RLS betonte dann auch, dass eine solche gemeinsame Veranstaltung nicht die erste ihrer Art, aber auch nicht alltäglich sei. Für beide Stiftungen seien die Ereignisse von 1918/19 eine sehr emotionale Angelegenheit, was sich ja bereits in der Namensgebung beider Stiftungen wiederspiegle. Von allen politischen Stiftungen seien die beiden die einzigen, die sich auf Personen aus der Arbeiterbewegung bezögen. Es handele es sich um ein Thema, das sowohl „trennt wie eint“.

Warum Bayern ein Freistaat ist

Dr. Roland Schmidt von der Friedrich-Ebert-Stiftung betonte vor allem die „beeindruckenden Resultate der kurzen Eisner-Regierung“. Nicht nur sei das Königtum nach Jahrhunderten gestürzt worden, seit und wegen Eisner heiße Bayern „Freistaat“. Was heute von Konservativen wie eine Monstranz vor sich hergetragen werde, habe damals bedeutet: „frei von Monarchie“. Eisner selbst verkörpere idealtypisch die Spaltung der Arbeiterbewegung, habe er doch in der Redaktion des Vorwärts gearbeitet, bevor er zur USPD wechselte. Die persönliche Aversion zwischen Eisner und Auer sei einer der Hauptgründe für die Probleme der Revolution gewesen. Zur Erinnerung wiederhole er die Ereignisse knapp: So sei die USPD für die Räte gewesen, während die SPD schnelle Wahlen wollten. Bei diesen Wahlen ist die USPD auf 2 Prozent abgestürzt. Auf dem Weg in den Landtag, wo er seinen Rücktritt verkünden wollte, wurde Eisner erschossen. In der Folge kam es zu einer Schießerei im Landtag, bei der Eisners Kontrahent Auer schwer verletzt wurde. Trotz dieser Wirren sei damals Fundamentales durchgesetzt worden, so etwa der Acht-Stunden-Tag, die Abschaffung der geistlichen Schulhoheit, und es wurde eine Verfassung ausgearbeitet, die die bayerische Verfassungstradition begründet habe. Eine Beschäftigung mit dieser Zeit lohne allemal.

Die Geschichte der Revolution

Dr. Jürgen Zarusky vom Institut für Zeitgeschichte wollte vor allem auf „historische Perspektiven und Traditionsfragen“ eingehen. Er wies daraufhin, dass die Revolution in Bayern einige Besonderheiten aufwies: So wurde die Wittelsbacher bereits zwei Tage vor den Hohenzollern gestürzt und es seien nicht nur die alten Monarchien abgesetzt, sondern auch für vier Wochen eine Räterepublik begründet worden. Vergleichbares habe es zwar auch woanders gegeben, aber nicht in dieser Dauer. Ferner sei die starke Beteiligung von Intellektuellen eine Besonderheit, die im Charakter der Stadt München begründet sei. Diese war vor dem Krieg besonders liberal. Auch die Figur Eisners selbst sei eine auffällige Besonderheit der bayerischen Revolution. Auf der anderen Seite stelle sich die Niederschlagung der Revolution als echtes Massaker dar, das den Weg in die Ordnungszelle Bayern bereitet habe, die wiederum zumindest ein Nährboden für den Nationalsozialismus dargestellt habe.

Ausgangspunkt der Revolution ist der Erste Weltkrieg mit seinen Lasten insbesondere für die unteren Schichten und dem damit einhergehenden Legitimationsverlust der bisherigen Herrschenden. Bereits im Ersten Weltkrieg seien auch Konflikt angelegt worden, die sich später

DOK Kurt Eisner: **Aufgaben der Räte – Rede auf der ersten Sitzung des Münchner Arbeiterrats am 5.12.1918** – Nach: Münchener Neueste Nachrichten Nr.620, 8. 12. 1918

Auszüge: „(...) Sie wissen, daß in wenigen Wochen die Nationalversammlung, der neue Landtag in Bayern, gewählt werden soll (...) Ich bin überzeugt, wenn wir verhindern wollen, daß auch die neue Demokratie sich in einem leeren unfruchtbaren Parlamentarismus verliert, die Berufsparlamente, die Räte, daneben lebendig bleiben müssen. Sie werden die Organisationen der Wähler sein, nicht so, als ob nun über dem Landtag eine neue Oberaufsicht wäre und eine höhere Gewalt eingerichtet würde. Die Nationalversammlung oder der Landtag muß souverän sein; aber die Arbeiter bilden ihr eigenes Parlament, sie verhandeln ihre eigenen Angelegenheiten. Gerade für die Übergangszeit gibt es eine so unermeßliche Fülle neuer Arbeit, neuer Gedanken, neuer Probleme, daß, wenn erst einmal die Arbeiterräte zu arbeiten angefangen haben werden, sie sich kaum vor der Fülle der Arbeit zu retten wissen werden. (...) Sie können die gesetzgeberischen Vorschläge machen, nicht hinter den Türen der Fraktionszimmer, auch nicht durch die Führer und durch die Regierung, sondern sie sollen selbst unmittelbar ihre gesetzgeberischen Vorschläge, ihre Anregungen und Beschwerden unterbreiten.

Aber die Arbeiterräte sollen noch mehr sein. Sie sollen Aufsichtsorgane des gesamten öffentlichen Lebens des Bezirkes, in dem sie eingesetzt sind, sein. Sie sollen das öffentliche Leben kontrollieren, sie sollen sich mit der Tätigkeit der Regierung und auch der Selbstverwaltung beschäftigen, nicht als Exekutivorgane, aber als Kontrollorgane, als kritische Organe (...)

Nur eine solche Demokratie, in der die breitesten Massen jeden Tag mitarbeiten an den öffentlichen Angelegenheiten, leistet jene erzieherische Arbeit, ohne die wir zu unseren sozialistischen Zielen nicht gelangen können. ...“

http://www.kurt-eisner-werke.org/IV078.html

Durch den Mord an Kurt Eisners verlor die Idee, repräsentative Demokratie mit Einrichtungen der Mitwirkung und Selbstverwaltung zu verbinden, ihren angesehensten Verfechter.

Abbildung: Bodendenkmal am Ort der Ermordung Kurs Eisners. Von Richard Huber – Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/

entwickelten. So hatten ein interfraktioneller Ausschuss aus Liberalen und Mehrheitssozialdemokraten ein Ende des U-Boot-Krieges gefordert, was u.a. der OHL und der Vaterlandspartei, der der Schriftsteller Ludwig Thoma angehörte, abgelehnt wurde. Ein wichtiger Schritt zur Revolution war der Frieden von Brest-Litowsk, der in Deutschland gegen den Willen der Gewerkschaftsführung eine große Streikbewegung verursachte, an der auch Kurt Eisner beteiligt war. Dies brachte ihm eine mehrmonatige Haftstrafe ein.

Die Ablehnung des Krieges vereinigte in der USPD Richtungen, die keineswegs homogen waren. Zarusky erinnerte daran, dass auch Bernstein, der Hauptideologe des „Revisionismus" in den Spartakusgruppen eine politische Heimat fand. Ebenso inhomogen waren die Strömungen, die die Revolution trugen. Dies reichte von der Mehrheitssozialdemokratie über die besonders gemischte USPD bis hin zu Vertretern einer Diktatur des Proletariats.

Der Tag der Ermordung Eisners hatte weitreichende Folgen: war Eisner selbst noch Anhänger einer föderalistischen Demokratie mit Räten als partizipatives Element, der dementsprechend auch versuchte von Bayern aus Einfluss auf die Außenpolitik des Reiches zu gewinnen, verlor die Revolution mit ihm eine wichtige Führungspolitik. Der 22. Februar verhinderte eine geordnete Machtübergabe, der Landtag floh nach Bamberg und im März 1919 war generell ein starker revolutionärer Schub festzustellen, der in Ungarn zur Ausrufung der Räterepublik und in Berlin zu den Kämpfen führte, die Noske den Ruf als „Bluthund" einbrachten. Am 7. April kam es zur Ausrufung der bayerischen Räterepublik zunächst ohne Beteiligung der Kommunisten. Erst der sogenannte „Palmsonntagsputsch" motivierte die kleine KPD einzugreifen. Allerdings war die Ausstrahlung der Räterepublik auf Südbayern beschränkt, so dass die Versorgung der Stadt nicht gewährleistet war. Dies trug mit der fehlenden Kompromissbereitschaft der KPD ganz wesentlich zum Scheitern der versuchten Selbstbehauptung der Räterepublik bei. Daneben entwickelte sich auch in der Stadt ein erhebliches Misstrauen, was durch die Hinrichtung von zehn Gefangenen noch genährt wurde. Soweit die Bayerische Staatsregierung diese Zeit auf ihrer Homepage allerdings so charakterisiere, dass „die politische Gewalt eskaliert" und „Links und Rechts Gräuel verübten", vermittle sie ein Gleichgewicht, das es so nicht gegeben habe. Tatsächlich habe die Rechte einen Rachefeldzug begonnen. Bei der Frage, was übrig geblieben sei, sei neben den bereits genannten Aspekten insbesondere die maßgeblich von Eisner initiierte offensive Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegsschuld zu beachten. Bei der Räterepublik selber sei demgegenüber wenig Nachhaltiges festzustellen. Sie sei daher eher Gegenstand einer Mythologisierung, die man überwinden sollte.

Positive Verfassungstradition?

Sebastian Zehetmaier berichtete, dass er sich zur Vorbereitung vor allem die Frage gestellte habe, was es denn noch neues zur Räterevolution zu berichten gäbe. Er sei hierbei auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der SPD gestoßen, den 7. November zum Feiertag zu machen. Die Reaktion der Staatsregierung darauf sei durchaus interessant. So erklärt sie zum einen, dass es sich um die „tiefste und positivste Zäsur in der bayerischen Geschichte" gehandelt habe. Auf der anderen Seite lehnte sie den Antrag ab, da er zu nahe am 9.November liege und daher eine Vermischung mit den Ereignissen von 1923, 1938 und 1989 zu befürchten sei. Tatsächlich hängen aber alle diese Daten eng miteinander zusammen, wie etwa das Schlagwort der „Abrechnung mit den Novemberverbrechern" zeige.

Die CSU fokussiere sich in ihrer Bewertung der Ereignisse stark auf die Demokratie und Verfassung. Dies sei aber kritisch, da die Verfassung, die hier gefeiert werde, die rechtliche Grundlage für die brutale Niederschlagung der Räterepublik und die nachträgliche Aburteilung der Beteiligten mit insgesamt wohl 800 Toten gegeben habe. Trotz dieser Verfassung sei Bayern in den Jahren 1922/23 deutlich weniger demokratisch gewesen als etwa 1912/13. Sie habe der Regierung die Möglichkeit gegeben, auf Grundlage eines permanenten Ausnahmezustandes zu regieren, der erst 1925 aufgehoben wurde. Hinsichtlich der demokratischen Gestaltung bestanden deutliche Unterschiede zu Eisner Vorstellung, der eine „lebendig-tätige Demokratie" unter permanenter Beteiligung der „Massen" wollte und keine „formelle Wahldemokratie". Die Anhänger der Räterepublik seien über diese Vorstellung noch hinausgegangen, da sie auch die Wirtschaft einer demokratischen Kontrolle unterwerfen wollten.

Die Frauen in der Revolution

Christiane Sternsdorf-Hauck stellte vor allem die Rolle der Frauen bei der Revolution dar und kritisierte, dass diese in den historischen Darstellungen kaum vorkämen. Dies unterscheide die Literatur von den Akten der Polizei und Staatsanwaltschaft, die im Hauptstaatsarchiv zu finden sind. Bei den damaligen Ermittlungen und Aburteilungen seien die Frauen sehr wohl berücksichtigt worden. Problematisch für die Forschung sei, dass es damals kein einheitliches Manifest der Frauen gegeben habe, sondern man sich deren Vorstellungen und Forderungen mühsam und einzeln aus Flugblättern und Protokollen heraussuchen müsse. Eine Forderung war, Frauen die Möglichkeit zu geben, Richterin zu werden. Sie durften zwar bereits seit 1911 Jura studieren, hatten aber keinen Zugang zu Positionen in der Justiz. Frauen, die Beamtinnen werden wollten, mussten zölibatär leben und die Forderung nach gleichem Lohn sei bis heute nicht verwirklicht.

Das schlechte Image der Revolution

Barbara Vogel warf die Frage auf, warum die Revolution im deutschen Geschichtsbewusstsein so ein „schlechtes Image" gehabt habe. Es sei wohl richtig, wenn vom Ersten Weltkrieg als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" gesprochen werde. Dessen lange Dauer, die unzähligen Opfer und der Hunger führten in eine Kriegsmüdigkeit, die sich dann aber auch auf die Wahrnehmung der Revolution auswirkten. Die entsprechende Propaganda der Rechten, die von „Kriegsschuldlüge" und Verrat sprach, trug neben den revolutionären Ereignissen selbst und der kurzen Dauer der Räterepublik, die auf einen Fehler schon ihres Ausgangspunktes schließen ließ, zur getrübten Erinnerung der Bevölkerung bei. In den 1960er Jahren kamen die Angriffe dann eher von der anderen Seite. Hier wurde in studentischen und historischen Diskussionen die SPD kritisiert, da sie die Idee der Räte nicht aufgenommen, die Revolutionäre selbst, da sie die Revolution nicht weiter getrieben hätten.

Demgegenüber lohne es sich durchaus auf die Erfolge der Revolution zu schauen, wie etwa die Durchsetzung der Demokratie als repräsentative Demokratie, den verfassungsrechtlich garantierten Sozialstaat und das allgemeine Wahlrecht. Im Prinzip sei der Erfolg der Revolution ein Wunder, da die Mehrheit der Bevölkerung gerade nicht viel von Demokratie, Gleichberechtigung oder den Gewerkschaften hielt. Sie wies darauf hin, dass die russische Revolution noch einmal zusätzlich die Spaltung der Arbeiterbewegung verstärkte, ebenso wie die Zusammenarbeit der SPD mit den Repräsentanten der alten Staatsmacht.

Wem gehört Eisner? Wohl niemand

Von der anschließenden kurzen Diskussion ist bemerkenswert, dass alle Podiumsteilnehmer der etwas seltsamen Frage, der Moderatorin, ob „Eisner" denn nun der SPD oder der Partei Die Linke gehöre, souverän auswichen.

19. APRIL 1973 ITALIEN

Die „Hundertfünfzig Stunden“ – eine einzigartige italienische Besonderheit

Paola Giaculli, Berlin

Zu den Errungenschaften aus erfolgreichen Kämpfen der Arbeiterbewegung Ende der 1960er und 70er Jahre in Italien gehören die so genannten „Hundertfünfzig Stunden“ – „150 Ore“, eine Freistellung zwecks (Weiter)bildung, etwas, was es zu dieser Zeit im kapitalistischen Westen nur in Italien gab. Dabei handelt sich nicht einfach um ein hart erkämpftes Arbeiterrecht, sondern um einen außerordentlichen Durchbruch der Arbeiterbewegung, die zu einem neuen Bewusstsein der Arbeiter über deren Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft und zu einer nachhaltigen Veränderung der Gesellschaft führte. Außerdem brachte dies eine tiefe Veränderung der Bildungsinstitutionen und deren Rolle bei der Umsetzung von Grundrechten mit sich, die in der italienischen Verfassung verankert sind.

Am 19. April 1973 setzten die italienischen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL im flächendeckenden Tarifvertrag – zuerst für den Metallbereich und dann für alle Bereiche (zwischen Juni 1973 und Oktober 1974) – das Recht auf Bildung für alle Arbeiter*innen durch. Dieses bestand aus bezahlten 150 Stunden innerhalb von drei Jahren (einklagbar auch in einem einzigen Jahr) kombiniert mit 150 Stunden der eigenen Freizeit. Damals hatten über zwei Drittel der Arbeiter*innen noch keinen Schulabschluss, insbesondere keinen Realschulabschluss (Pflichtschule bis zur 8. Klasse). Was am Anfang eine zweitrangige Forderung schien, stellte sich als ein echter Durchbruch heraus, dem sich die Arbeitgeberverbände heftig, aber vergebens widersetzten. Bis dahin waren nur „Erleichterungen“ für arbeitende Schüler*innen bzw. Studierende vorgesehen. Diese bestanden lediglich in einer Freistellung, damit sie ihre Klausuren bzw. Prüfungen vorbereiten bzw. durchführen konnten.

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaften sind die Betriebe und die öffentliche Schule zu gemeinsamen Zielorten einer und derselben Kampfstrategie geworden.“[1] Das heißt, zum ersten Mal wurde die Ambition der kulturellen Hegemonie von Seiten der subalternen Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft in einem Tarifvertrag konkretisiert. Auf diese Weise sollte die Fortbildung der Arbeitnehmer*innen nicht mehr nach den Interessen der Wirtschaft bzw. nach der „Produktionslogik des Kapitals“ erfolgen, sondern nach eigenen Interessen. Es handelte sich um das Recht aufs unabhängige Lernen, das anerkannt und im Tarifvertrag verankert wurde. Die Arbeitergeber versuchten vergebens auf die „Absurdität“ der Forderung mit der Frage hinzuweisen, ob die Arbeiter jetzt auch noch das Recht auf Cembalounterricht hätten (siehe Bild). Selbstverständlich!, lautete die Antwort der Gewerkschaften .[2]

Hunderttausende Arbeiter nutzten dieses Recht auf Zugang zu Bildung. Neben der Nachholung des Schulabschlusses war das „kulturelle Wachstum der Arbeiterklasse und ihre Geschlossenheit“ das Hauptziel. „Ich wollte nicht durch den Schulabschluss Lohngewinne erreichen oder Abteilungsleiter werden“, meint einer der Betroffenen, „sondern ich hatte ein kulturelles Bedürfnis, das ich wegen Mangel an finanziellen Mitteln nicht befriedigen konnte, denn ich komme aus einer Arbeiterfamilie.“ Dann wird den Arbeitern klar, dass sie selbst Akteure der Bildung seien, denn die traditionelle Lehre vertrete die herrschende Klasse, wie eine Lehrerin betont. Sie wollten aus ihrer eigenen konkreten Erfahrung ausgehen, um zu verstehen, wie die Realität bzw. die kapitalistische Gesellschaft funktioniert. Dadurch entsteht eine wechselseitige Beziehung mit den Lehrern und den Bildungsinstitutionen, deren Rolle und Programme in Frage gestellt werden. „Die Fabrik und die kapitalistische Organisation werden zum Schulfach der Arbeiter, die durch die Aneignung von Kenntnissen die Bindung zwischen Wissenschaft und technischer Aufteilung der Arbeit brechen.“

Bildungsinstitutionen und Gebietskörperschaften standen in der Pflicht, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, in den öffentlichen Schulgebäuden Kurse zu organisieren. Zusätzliche Lehrer wurden eingestellt. Die Inhalte der Kurse wurden durch die Teilnehmenden mitbestimmt. Für diese war es wichtig, unter

Più polvere in casa – Meno polvere nel cervello. (Mehr Staub zuhause, weniger Staub im Kopf; Losung einer Hausfrau in einem Flugblatt)

Die Feministin Lea Melandri (selbst Lehrerin der 150 ore) erzählt von ihrem Erstaunen darüber, dass, als sie in einer Klasse in der Vorstadt Mailands ankam, nur Frauen – Hausfrauen! – auffand! Das Recht auf Zugang zu Bildung war eigentlich nur für Beschäftigte vorgesehen, aber da die Kurse für alle offen waren, waren plötzlich auch Hausfrauen dabei. Fotos eines 150-Stunden-Kurses (Lea Melandri)
Quelle: http://www.hotpotatoes.it/2018/04/25/piu-polvere-in-casa-meno-polvere-nel-cervello-di-marcella-toscani/

Bild: http://fc.retecivica.milano.it/rcmweb/edaweb/mioweb/storia2.jpg

Das haben die Arbeitgeber dann davon gehabt.

Ihre Äußerung

„sollen wir den Arbeitern jetzt auch noch Cembalounterricht bezahlen"

wurde zu einer Metapher für die erfolgreiche Etablierung einer Facette des Rechts auf einen Zugang zu Bildung.

(Titelbild einer Spezialausgabe der Zeitschriften Inchiesta und Fabbrica e stato vom Juli/August 1973).

anderem etwas über die gesundheitlichen Gefahren ihrer Arbeit zu erfahren und möglichst Mediziner als Verbündete im Kampf für ihre Rechte zu gewinnen.

Das Recht auf die 150 Stunden stellt eine Brücke zwischen Arbeit und Schule dar. Das führte zu einer neuen Vorstellung des Wissens und der Überwindung der Trennung zwischen formal und nicht formal erworbenem Wissen. Durch die Demokratisierung des Zugangs zur Bildung kam es zu einem Gesellschaftswandel. Intellektuelle und Uniprofessoren selbst öffneten ihre Kurse den Arbeitern und ließen Gewerkschaften unterrichten. Ehemalige Studierende, die früher mit den Arbeitern auf Demos marschiert waren, wurden selbst Lehrer der 150-Stunden-Kurse. „Die 150 Stunden waren eine Arbeiterschule, deren Protagonisten zuerst die Arbeiter und dann die Frauen wurden, gemeinsam mit den Avantgarden der Studierenden und der Feministinnen (...). Es handelte sich dabei nicht um Bildung für Erwachsene nach angelsächsischem Muster. Es war ein kulturelles Experiment der Gewerkschaftsavantgarden."[3]

Wichtige Voraussetzungen der 150 Stunden waren einerseits die einheitliche Tarifeinstufung („inquadramento unico" durch die Metallgewerkschaften 1972) bzw. Abschaffung der Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten (und sogenannten Technikern) und andererseits dezentrale Tarifverhandlungen. Die erste stellte die hierarchische Arbeitsorganisation in Frage. Letztere ermöglichte Gewerkschaftern und Unternehmen die gemeinsame Planung der Arbeitsorganisation vor Ort (Schichten usw.), um das individuelle Arbeiterrecht auf die 150 Stunden zu gewährleisten.

1 Zitate aus dem Dokumentationsfilm „Le 150 ore" (1974) zu den Tarifverhandlungen mit Dialogen und Interviews mit Gewerkschaftern und Arbeitern, Erfahrungen im Austausch (in ital. Sprache) http://patrimonio.aamod.it/aamod-web/film/detail/IL8600001490/22/le-150-ore.html?startPage=0&idFondo=

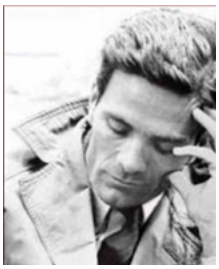
2 Die Zeitschrift „Fabbrica e Stato -Inchiesta" titelte (Juli-August 1973) ironisch: „150 ore -Suonata per i padroni", „150 Stunden, eine Sonate für die Bosse" – Wortspiel für: die Bosse in die Pfanne hauen.

3 Paola Melchiori, „Le 150 ore, un esperimento di vita e di cultura", http://www.universitadelledonne.it/le_150_ore.htm

Zusätzlicher Literaturhinweis: **Piero Causarano, Unire la classe, valorizzare la persona (2015).** https://www.researchgate.net/profile/Pietro_Causarano/publication/282201276_Unire_la_classe_valorizzare_la_persona_L%27inquadramento_unico_operai-impiegati_e_le_150_ore_per_il_diritto_allo_studio/links/563b2de408ae337ef298aacd/Unire-la-classe-valorizzare-la-persona-Linquadramento-unico-operai-impiegati-e-le-150-ore-per-il-diritto-allo-studio.pdf?origin=publication_detail (alle Publikationen nur in italienisch verfügbar)

Öffnung des Theaters

Rolf Gehring, Brüssel



Pier Paolo Pasolini (* 5. März 1922 in Bologna; † 2. November 1975 in Ostia)

Piere Paolo Passolini hinterliess ein umfangreiches Oeuvre, das zuallererst mit seinem filmischen Schaffen verbunden wird. Seine Auseinandersetzung mit den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft, den sie beherbergenden Charakteren, dem Zerfall gesellschaftlicher Strukturen, den er im Italien der sechziger und siebziger Jahre sah oder seine Auseinandersetzung mit faschistoiden Tendenzen, die er als eine neue Form sah, gerichtet auf die Auslöschung des Andersseins und der kulturellen Differenzen, vor allem aber seine Befassung mit dem harten Leben am Rande der Gesellschaft, finden sich allerdings sowohl in seinem literarischem Schaffen, dem filmischen, aber auch dem Theaterschaffen.

Ende der sechziger Jahre skizzierte er eine ganze Reihe von Theaterstücken und legte einen Ansatz für eine neue Form von Theater vor, das sich, anders als Buch oder Film, nicht von den Massenmedien vereinnahmen ließe. 1968 legt er ein 43 Punkte umfassendes Manifest für ein neues Theater vor. Interessant dabei ist, dass er dem Theater seine (durchaus elitäre) Funktion in der Gesellschaft lässt, sie aber neu ausdeutet. Theater könne ein Austausch zwischen Intellektuellen und der Arbeiterschaft sein, Theaterstücke könnten in Fabriken, Schulen oder Kulturzirkeln aufgeführt werden. Es brauche ein Theater der Worte (teatro di parola), das keine Lösungen anbiete, sondern die Probleme erschließe. Das Szenische solle zurücktreten und das Für und Wider, also die Auseinandersetzung in den Vordergrund treten. Didaktisch gewissermaßen Theater als Diskussionsforum oder doch zumindest als Anregung fürs eigene Weiterdenken, aus der eigenen Position heraus.

Unabhängig davon, ob man Pasolinis theoretische Ableitungen nachvollziehen mag, hat er ein weiteres Tor geöffnet, das Bildungszugänge in gesellschaftlichen Bereichen öffnete, die vormals eher geschlossen waren. Ohne das Theater sozusagen aufzuheben sollte auch dieses Medium für die einfachen Menschen zugänglich werden. Der 150 Stunden Tarifvertrag wurde dann gewissermaßen eine der erschwinglichen Eintrittskarten.

Quelle: Italienisches Theater des 20. Jahrhunderts in Einzelinterpretationen. Berlin 2008

Inhalt

Aktuelles 2
Grün-Schwarz in der Krise • Europäische Arbeitsbehörde kommt! • Rüstungshaushalt im Dienste der Blockbildung • SNCF und Air France: Streiks gehen weiter

Türkei: HDP nominiert Selahattin Demirtas für die Präsidentenwahl 3
Selahattin Demirtaş: Wahlen können historischen Bruch darstellen

Brexit: Den Unterschied begreifen 5
Kommunalwahlen verschaffen den Tories Luft

Französisch-Polynesien: Frankreich hält an bisheriger Kolonialpolitik fest 7
Entkolonisierung ist nicht allein Sache der jeweiligen Kolonialmacht

Aktionen – Initiativen: Frieden! 8
Militärschlag in Syrien war völkerrechtswidrig • Völkerrechtliche Implikationen des amerikanisch-britisch-französischen Militärschlags vom 14. April 2018 gegen Chemiewaffeneinrichtungen in Syrien.

Traumatisierte Menschen: Aus der Geschichte lernen 10

Kommunale Politik: Medizinische Versorgung ist Menschenrecht 12
Pauschale Alters-Tests für junge Geflüchtete sind verfassungswidrig und bringen keine Sicherheit: Hildesheim. • Senat gefährdet Integration der Flüchtlingskinder! Hamburg. • Gesundheit ist Menschenrecht, Barrierefreiheit ist Gesetz! Hamburg. • Keine lagermäßige Unterbringung von Geflüchteten: Essen. • Land streicht europäische Fördermittel für Köln – Wichtige Projekte für Zuwanderer aus Südosteuropa vor dem Aus. • Die Linke für flächendeckende Gesundheitsversorgung: Aachen.

Die Linksfraktion macht in den Stadtteilen „Mut gegen Armut" 14

Verdi – Tarifeinigung erzielt 15
Blick in die Presse

Der Liberals international day: Erliegt die FDP der rechtspopulistischen Versuchung ? 16

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten 17

Archäologie über Grenzen hinweg: Europäischer Kulturpark Bliesbruck-Reinheim 18

Lektürebericht, Branko Milanovic: Die ungleiche Welt 19

Vor 100 Jahren Räterepublik in München: „Ein Thema, das sowohl trennt wie eint" 20

Kalenderblatt: Die „Hundertfünfzig Stunden" – eine einzigartige italienische Besonderheit 22

Diskussionspapier: Wie die anderen Fraktionen mit der AfD im Bundestag umgehen sollten 24

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 7. Juni 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 1. Juni. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 7. Juni, 12. Juli, 23. Aug., 11. Okt, 8. Nov., 6. Dez.

Diskussionspapier: Wie die anderen Fraktionen mit der AfD im Bundestag umgehen sollten

Das Progressive Zentrum* hat im Februar ein Diskussionspapier zum Umgang mit der AfD im Bundestag veröffentlicht (http://www.progressives-zentrum.org/afd). Hier der auf der Internetseite veröffentlichte Auszug aus dem aktualisierten Discussion Paper mit insgesamt fünf Beobachtungen und 15 Empfehlungen:

Keine gemeinsamen Initiativen!

Es wird in den Bundestagsdebatten dazu kommen, dass die AfD Initiativen unterstützt oder in der Diskussion applaudiert. Abgeordnete sollten sich davon nicht durcheinanderbringen lassen. Stattdessen sollten sie klarmachen: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD in inhaltlichen Fragen! Anträge sollten nicht durch Alternativanträge aufgewertet werden und nicht jede Initiative sollte durch Resonanz aller anderen Fraktionen im Parlament geadelt werden.

Stellt die AfD in Alltagsfragen und gewährt ihr keine neuen Politikfelder!

Der Bundestagswahlkampf hat es gezeigt und auch die Erfahrungen in den Landesparlamenten legen es nahe: Die diskursive Ausgrenzung der AfD ist gescheitert. Die anderen Fraktionen müssen sich mit den Inhalten und Personen auseinandersetzen, statt die Wählerinnen und Wähler der AfD anzufeinden.

Progressive sind dann erfolgreich, wenn sie gute eigene Antworten geben und so die Nachfrage der Wählerinnen und Wähler nach populistischer Politik klein halten. Eng damit verknüpft ist, dass man der AfD keine neuen Profilierungsfelder einräumen darf.

Auch die Bestrebungen der AfD durch eine kleine Gewerkschaft in den Betrieben Fuß zu fassen, muss beobachtet werden. Damit wollen die Rechtspopulisten ihren Markenkern ergänzen. Seid achtsam! Erledigt die Dinge und kümmert Euch um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger!

Zeigt mehr Präsenz!

Präsenz vor Ort ist für die etablierten Parteien und ihre Fraktionen ein wesentlicher Bestandteil im Umgang mit dem Rechtspopulismus. Damit das Vertrauen der Bevölkerung durch Präsenz zurückgewonnen werden kann, muss über andere Formen der Wahlkreisarbeit nachgedacht werden. Angelehnt an der Quartiersarbeit sollten dort neue Initiativen ausprobiert werden, wo politische und gesellschaftliche Beteiligung niedrig und die sozioökonomischen Strukturen schwach sind.

Progressive Abgeordnete und Fraktionen sollten ihre lokalen Büros als physische Zeichen gegen die gefühlte Repräsentationslücke begreifen. Wenn sich Bundestagsabgeordnete und ihre Büros wieder als Andockstelle für zivilgesellschaftliches Engagement verstehen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in gesellschaftliches Zusammenleben einbinden, kann verlorenes Vertrauen durch konkrete Aktion zurückgewonnen werden. Dafür müssen Abgeordnete aber erst einmal wieder in den betroffenen Regionen vertreten sein. Die teilweise erschütternden Wahlergebnisse und die niedrige Zahl von Parteimitgliedern in diesen Regionen zeigen, wie schwer dieser Weg sein wird. Deswegen bedarf es neuer Bündnisse und auch Änderungen der Parteistrukturen.

* Selbstdarstellung: „Das *Progressive Zentrum* ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner Think Tank, der 2007 gegründet wurde. Ziel des Progressiven Zentrums ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen – Streiten" fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein. Gemäß unserem Mission Statement wollen wir dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Vor dem Hintergrund unserer Überzeugungen entwickelt das Progressive Zentrum gemeinsam mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Nichtregierungsorganisationen in verschiedenen Projekten progressive Ideen und erarbeitet praxisorientierte Handlungsempfehlungen."

Der Autor des Discussion Paper *Fedor Ruhose* ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Demokratie und Bund-Länder Beziehungen. Hauptberuflich ist Fedor Ruhose Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Davor war der Diplom-Volkswirt in unterschiedlichen Funktionen im Leitungsstab der Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz tätig.